Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Für's Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 21. **Dienstag den 18. Februar 1908.** **36. Jahrgang.**

Erstes Blatt.

Reichstag.

Auch in der Sonnabend-Sitzung wurde der Postetat noch nicht vollständig erledigt. Die Beratung wird beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 Mark" fortgesetzt. Hierzu liegen die bereits mitgeteilten Resolutionen vor.

Abg. **Lattmann** (Wirtsch. Vgg.):

Die Verhandlungen der letzten Tage waren ein Abglanz der ungeheuren Erregung unserer Beamtenschaft. Noch niemals haben die Beamten so aufmerksam die Reichstagsverhandlungen verfolgt, denn es handelt sich ja um ihre Zukunft. Es kommen nicht nur Gehaltsfragen in Betracht, sondern auch eine freiere Auffassung der sozialen Grundzüge auf dem Gebiete des Beamtenrechts. Darin müssen wir allerdings dem Staatssekretär recht geben, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein darf, dagegen wünschen wir, daß der Staatssekretär ein freies Wort seinen Beamten nicht so übel nimmt. Das Vertrauen in der Beamtenschaft ist schon gesunken. Für Beamtenausschüsse sind wir auch; sie würden dem Beamtentum zum Segen gereichen. Ferner verlangen wir, daß die Besoldungsvorlage uns bald vorgelegt wird. Trotz schwerer finanzieller Bedenken werden wir für die Resolution stimmen, die die Einführung von Ostmarkenzulagen verlangt. Ebenfalls sind wir mit dem akademischen Studium der höheren Beamten einverstanden, doch sollte man den jetzigen Postpraktikanten schon jetzt den Titel „Postassessor" geben. Redner geht hierauf auf die Personalreform ein und fährt dann fort: Verschiedene Redner haben sich gegen unsere Resolution auf Wiedereinführung des billigen Ortsportos aus finanziellen Gründen ausgesprochen. Aber gerade finanzielle Gründe sprechen für die Resolution. Denn die Wiedereinführung des Ortsportos würde der Post große Mehreinnahmen zuführen.

Abg. **Kulerski** (Pole)

tritt für den frühzeitigen Schalterschluß an den Abenden vor Sonn- und Feiertagen ein. Der erste Weihnachtstag und der Neujahrstag sollte den Beamten gänzlich freibleiben. Gegen die Ostmarkenzulage an Postbeamte müssen wir uns mit aller Macht sträuben. Dem Wunsche nach Verbilligung des Portos für Drucksachen und Geschäftspapiere schließen wir uns an.

Abg. **Werner** (Dt. Refpt.):

Bei der Ostmarkenzulage besteht kein Grund, die Reichsbeamten schlechter zu stellen als die preußischen. Hoffentlich wird uns die Besoldungsvorlage bald zugehen. Notwendig wäre es, auch bei Besoldungsfragen Beamtenausschüsse zu hören. Wenn Beamten jahrelang bei der Verwaltung vorstellig geworden sind, ohne etwas zu erreichen, ist es kein Wunder, wenn sie sich an Abgeordnete wenden.

Staatssekretär **Krätke** führte aus:

Die Landbriefträger können ebenso wie die Schaffner und Briefträger nach Ablegung eines Examens in die gehobenen Stellen einrücken. Ein Unterschied zwischen den früheren ungeprüften und den späteren geprüften gehobenen Unterbeamten werde nicht gemacht werden. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wurde, daß durch den Reichstag die gehobenen Unterbeamten erst geschaffen sind. Aus der Verwaltung heraus ist das Bedürfnis entstanden, die besseren Unterbeamten auszuwählen. Von einer Versetzung wird den Beamten so schnell als möglich Kenntnis gegeben und den Wünschen wegen Versetzung aus Gesundheitsrücksichten entgegengekommen, wenn sie begründet sind.

Abg. **Dr. Struve** (Frs. Vgg.)

führte aus: Der Rückgang des wirtschaftlichen Verkehrs hat natürlich auf die Einnahmen der Postverwaltung zurückgewirkt. Man hat sich aber auch auf agrarischer Seite überzeugt, wie töricht die sogenannte Postreform bezüglich der Aufhebung der Ausnahmetarife für den Orts- und Nahverkehr gewesen ist. Durch ein ausgedehntes Vereins- und Koalitionsrecht muß den Beamten das Gefühl genommen werden, als ob sie mindere Freiheiten hätten als andere. Die Notlage der Unterbamten ist notorisch. Die allmähliche Herabsetzung der Dienststundenzahl im Interesse der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beamten muß befürwortet werden. Redner verurteilt dann in einer längeren Ausführung das Verhalten des Staatssekretärs im Fall Dr. Schellenberg auf das schärfste.

Staatssekretär **Krätke**

verwahrte sich dagegen, daß Dr. Schellenberg gemaßregelt sei. (Heiterkeit.) Dadurch, daß Dr. Schellenber sozialdemokratisch gewählt hatte, konnten Irrungen bei den Unterbeamten entstehen, von denen ich nicht dulde, daß sie der Sozialdemokratie angehören (Bravo!). Diese konnten dann fragen, weshalb es den Höhergestellten gestattet sei, sozialdemokratisch zu wählen, und ihnen nicht. (Unruhe, Zwischenrufe links.)

Nach einer weiteren unerheblichen Debatte, wird die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr vertagt.

Krisenklatsch.

In einer offiziösen Berliner Zuschrift der Süddeutschen Reichskorrespondenz wird gegen den „Krisenklatsch" Stellung genommen, den eine Korrespondenz verbreitet, indem sie sich wieder einmal auf die Kanzlersuche begibt und verschiedene, schon wiederholt in diesem Zusammenhange genannte Persönlichkeiten als mögliche Nachfolger des Fürsten v. Bülow nennt. In der halbamtlichen Auslassung heißt es:

„Dieser Klatsch kann durch einen wohlfeilen Hinweis auf Schwierigkeiten der inneren Lage nicht gerechtfertigt werden. Wer leugnet denn, daß solche Schwierigkeiten bestehen? Welcher Staatsmann an der Spitze eines anderen Landes hätte nicht ebenfalls mit Schwierigkeiten zu kämpfen? Wer unsere deutschen Verhältnisse und ihre mutmaßliche Fortentwickelung nüchtern betrachtet, kann im Ernst nicht behaupten, daß gerade bei uns die Lage sich durch eine besondere Unsicherheit auszeichne. Allerdings die deutschen Verhältnisse sind recht vielgestaltig. Sie lassen sich nicht nach einer Parteischablone behandeln — nach keiner! Das Kopfzerbrechen über die Person des fünften Reichskanzlers ist für absehbare Zeit gegenstandslos. Aber wer auch einmal der fünfte sein mag, nach liberalen Programmforderungen, überhaupt nach Vorschriften parlamentarischer Minderheiten wird er ebensowenig die Geschäfte leiten können wie der im Amte befindliche Reichskanzler. Ohne Kompromisse geht es nicht, und am nötigsten sind für eine gute Zukunft Kompromisse zwischen konservativen und liberalen Gedanken. Damit aber halten wir wieder bei der Blockpolitik. Von einem geduldigen Ausharren in diesem Zeichen haben die Anhänger eines vernünftigen Fortschritts mehr zu erwarten, als von acherontischen Gelüsten, wie von dem desperaten Versuch, sich auf die Sozialdemokratie zu stützen als auf den mütterlichen Boden, durch dessen Berührung der bürgerliche Liberalismus wie der Riese Antäus erstarken müsse."

Der Kronprinz als Schrittmacher.

Wir haben bereits kurz über den umfassenden Lehrgang berichtet, den der Kronprinz gegenwärtig an der Technischen Hochschule in Charlottenburg durchmacht. Ueber Dampfturbinen, Automobile und andere technische Fortschritte der Neuzeit läßt sich der Thronfolger durch die ersten Fachmänner Deutschlands in eingehendster und gründlichster Weise unterrichten. Das ist an und für sich zweifellos ein sehr vernünftiges Vorgehen, hat aber außerdem, wie die „Köln. Ztg." in Erfahrung gebracht hat, noch eine tiefere Bedeutung. Das in solchen Dingen gut unterrichtete Blatt verrät, daß es sich um den Ausgangspunkt für eine Wandlung in der Erziehung der Staatsbeamten im allgemeinen handle. Ein „neuer Pfad" sei gangbar gemacht und damit auch eine Sehlinie für jeden, der sehen wolle.

Wir begrüßen diese Aussicht mit lebhafter Zustimmung. Allerdings klingt die Sache auf den ersten Blick etwas orakelhaft. Worauf man hinaus will, ist jedoch ohne weiteres klar. Immer lauter ist ja die Klage aller Denkenden darüber erhoben worden, daß in unserem Verwaltungswesen das Sachliche über dem blos Formellen, das Technische über dem Juristischen, des „Lebens goldner Baum" über der „grauen Theorie" an allen Ecken und Enden zu kurz kam. Daß der Hauptsitz des Uebels in der einseitigen Ausbildung der höheren Beamten lag, trat längst klar zutage. Wenn hier Wandel geschaffen wird und der Kronprinz der Schrittmacher des großen Fortschritts ist, muß es jeden Vaterländischgesinnten erfreuen.

Ein Stückchen vom grünen Tisch.

Man sagt unserer Zeit nach, daß sie kein Talent zur Gesetzgebung habe. Dies dokumentiert sich wieder aufs neue, wie uns von bergfachmännischer Seite geschrieben wird, wenn man den Entwurf einer neuen Maß- und Gewichtsordnung betrachtet, der im Reichstag bereits in erster Lesung angenommen worden ist. Der Entwurf will u. a. auch die Eichung der Fördergefäße im Bergbau zu einer obligatorischen Einrichtung machen. Es ist ganz charakteristisch, daß die Motivierung des Entwurfs selbst anerkennt, daß die neue Maßnahme erstens „eichtechnischen und Betriebs-Schwierigkeiten begegnen" werde und zweitens „wegen der ihrer strikten Durchführung entgegenstehenden Hindernisse auch leicht zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Anlaß geben kann."

Es ist durchaus nötig, diese beiden Punkte einmal näher zu betrachten. Die Schwierigkeiten der praktischen Durchführung liegen darin, daß es unmöglich ist, die Förder-Gefäße und -Wagen auch nur für kurze Zeit in einem solchen Zustande zu erhalten, daß sie den Anforderungen des Gesetzes entsprechen, das eine Fehlergrenze von nur zwei Prozent des Rauminhaltes zuläßt. Die Eichung neuer Förderwagen kann den Betrieb natürlich nicht erschweren, da sie auf den liefernden Werken geschehen würde, wohl aber die beständige Neueinrichtung der schon in Gebrauch befindlichen Wagen. Man bedenke, daß die Behandlung der Wagen bei den Verhältnissen des Bergbaues nicht sehr schonend ist, daß vielmehr durch die stets wiederholten Stöße täglich eine ganz beträchtliche Anzahl von Deformationen vorkommt. Da diese aber fast ausnahmslos Einbuchtungen und fast nie Ausbuchtungen sind, so liegt in ihnen kein Moment, das zu sozialen Bedenken Anlaß geben könnte; im Gegenteil, dergleichen Einbuchtungen, die den Rauminhalt der Wagen vermindert, nützen dem Arbeiter, insofern sie die Leistungsmenge für einen bestimmten Lohnbetrag herabsetzen und damit den Lohn selbst erhöhen.

Bisher wurde der Lohn der eigentlichen Bergarbeiter nach der Zahl der Fördergefäße berechnet. Irgendwelche Schwierigkeiten daraus, daß der Rauminhalt der Wagen nicht genau abgemessen war, haben sich wohl nie ergeben. Dagegen ist 1000 gegen 1 zu wetten, daß die Arbeiter selbst einer völligen Umwälzung des Lohnberechnungsverfahrens höchst abgeneigt sein würden; eine solche wird aber zur Notwendigkeit, da die Eichung der Fördergefäße nach dem Rauminhalt geschieht, und wenn diese überhaupt irgend einen halbwegs vernünftigen Sinn haben soll, auch die Bezahlung nach dem Rauminhalt erfolgen muß.

Wenn übrigens der Arbeiter auch wirklich vor Ort den Wagen bis zum Eichstrich füllt, so wird dieser bei seiner Ankunft über Tage wohl kaum jemals die erforderliche Füllung zeigen, da das sperrige Fördergut auf dem Wege von der Gewinnungsstätte bis zur Schachthängebank ganz erheblich zusammengerüttelt wird. Wer will nun entscheiden, ob der Wagen ursprünglich sein richtiges Füllmaß gehabt hat oder ob nicht der Arbeiter in der begründeten Annahme, daß der Wagen doch nicht bis an den Eichstrich gefüllt über Tage ankommen werde, diesen von Anfang an nicht richtig beladen hat.

Es liegt hierin die Gefahr einer weiteren Vermehrung der Streitpunkte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Nach angestellten Untersuchungen würden etwa 10 Prozent des gesamten Wagenparks arbeitstäglich ausrangiert und durch reparierte, resp. den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Wagen ersetzt werden, wenn der Eichzwang durchgeführt wird. Nehmen wir an, eine mittlere Zeche besäße einen Park von 6000 Wagen. Von diesen müßten täglich 600 ausgeschaltet werden; wir wollen nunmehr den günstigen Fall setzen, daß nur die Hälfte dieser Wagen einer gründlichen Reparatur unterzogen werden müsse, daß die Wiederherstellung in den gesetzlichen Zustand nur einen halben Tag in Anspruch nähme, und daß sie von einem Manne ausgeführt werden könne, so müßte das Werk nicht Weniger als — 150 Leute für die Arbeit einstellen. Würden diese Arbeiter nur einen Tagelohn von 4 Mark erhalten, so ergäbe sich eine Lohnsumme von 600 Mark pro Tag oder 180 000 Mark pro Jahr.

Außerdem müßte die Grube einen Reservepark anlegen. Wir dürfen annehmen, daß dieser etwa 20 Prozent der bisherigen Wagenzahl ausmachen würde, also in obigem Falle ca. 1200 Wagen. Bei einem Preise von 140 Mark pro Stück müßte also das Werk nicht weniger als 168 000 Mark für diesen Zweck aufwenden. Hierzu kämen die Kosten für die erforderlichen gedeckten Räume der Reparaturanlagen, für Maschinen und Werkzeuge usw.

Den Gruben würden also — ganz abgesehen von allen möglichen sonstigen Betriebserschwerungen — aus der Einführung des neuen Gesetzes sehr große Kosten erwachsen, sodaß ihnen wohl nichts anderes übrig bliebe, als durch Lohnherabsetzungen oder Steigerung der Kohlenpreise dafür einen Ausgleich zu suchen.

Wir müssen uns doch eigentlich fragen, wem die neue Vorlage Nutzen bringt, und die Antwort kann nur lauten: „Niemanden", im Gegenteil, Unternehmer, Arbeiter und Konsument werden durch sie geschädigt.

Weder die zu gewärtigende Betriebserschwerung und Erhöhung der Betriebskosten, noch die Steigerung des Kohlenpreises, oder die Lohnerniedrigung kann aber im Sinne des Gesetzgebers liegen. Es bedeutet jedenfalls eine nicht gewöhnliche Kurzsichtigkeit unserer leitenden Reichsbehörde, daß sie diese Folgen nicht vorauszusehen vermochte.

Weshalb Eulenburg klagt.

Der Erste Staatsanwalt vom Königlichen Landgericht I Berlin hat dem Herausgeber der „Zukunft" Maximilian Harden Kenntnis von einem bei ihm eingegangenen Strafantrage des Fürsten Eulenburg gegeben, in welchem behauptet wird, Maximilian Harden habe in der Hauptverhandlung über die Privatklage des Grafen Kuno von Moltke gegen ihn geäußert, der Fürst Philipp zu Eulenburg stehe in den beim Berliner Polizeipräsidium geführten Listen der Homosexualität verdächtigen Personen verzeichnet; und ferner, es sei eine bewußte Unwahrheit des Fürsten zu Eulenburg, zu behaupten, die Vermittlungsversuche dritter Personen, insbesondere die des Frhrn. v. Berger, seien ohne sein Zutun gemacht worden. Um ihm einstweilen die Weiterungen einer gerichtlichen Vernehmung zu ersparen, hat der Erste Staatsanwalt Maximilian Harden anheimgegeben, ihm möglichst umgehend eine Erklärung darüber zukommen zu lassen, ob er solche oder ähnliche Aeußerungen gemacht habe. Zugleich wurde Maximilian Harden mitgeteilt, daß es zur Aufklärung der Sache wesentlich beitragen dürfte, wenn er dem Ersten Staatsanwalt den Wortlaut der in Frage kommenden Aeußerungen auf Grund des in seinen Händen befindlichen Stenogramms angeben wollte. Dem Staatsanwalt ist hierauf von dem Herausgeber der „Zukunft" die Antwort zugegangen, daß er den Wunsch: den Wortlaut der in Frage kommenden Aeußerungen auf Grund des Stenogramms mitzuteilen, nicht zu erfüllen vermöchte, da das Stenogramm solche oder irgendwie ähnliche Aeußerungen nicht enthalte und nicht enthalten könne; denn die Behauptung, Fürst Eulenburg werde in einer polizeilichen Kinädenliste geführt, sei von ihm niemals aufgestellt, und die Frage nach der Wahrhaftigkeit oder Unwahrhaftigkeit des Fürsten Eulenburg im schöffengerichtlichen Verfahren von dem Angeklagten niemals gestreift worden.

Zum Fall Schnitzer.

Nach den Münchener Neuesten Nachrichten hat die Ortsgruppe München des Deutschen Hochschullehrertags folgende Sympathieadresse an Professor Schnitzer gerichtet: „Hochgeehrter Herr Kollege! Unter den Aufgaben, welche sich die neugegründete Ortsgruppe München des Deutschen Hochschullehrertages ihren Satzungen gemäß stellte, ist die erste das Eintreten für Unabhängigkeit von Forschung und Lehre; denn die einzige Gewähr für den Fortschritt aller Erkenntnis liegt darin, daß jeder von uns die Resultate seiner wissenschaftlichen Arbeit Mitstrebenden wie Schülern rückhaltlos unterbreite, unbeirrt durch alle von außen kommenden Angriffe. Es ist daher selbstverständlich, daß in der gestrigen ersten ordentlichen Versammlung unserer Ortsgruppe eine eingehende Besprechung über die Vorgänge an unserer Alma mater sich entspann, welche in letzter Zeit die Oeffentlichkeit so sehr erregt hat. Die versammelten Lehrer der Universität sowie der technischen Hochschule waren einmütig in der Sympathie für die Unerschrockenheit, mit welcher Sie sich zu Ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung bekannt haben, und haben einstimmig die Unterzeichneten beauftragt, Ihnen dieses zum Ausdruck zu bringen, da es Ihnen wertvoll sein wird, sich der Zustimmung der Kollegen versichert halten zu können. Indem wir dem Auftrage nachkommen, zeichnen mit der ausdrücklich vorzüglichsten Hochachtung Professor Dr. S. Lindemann, 1. Vorsitzender, Dr. S. Hellmann, Schriftführer."

Für die Professor Schnitzer von der Studentenschaft zugedachte Ehrenkundgebung durch einen Fackelzug ist die Erlaubnis der akademischen Behörden erteilt worden, aber die der Polizei war bis Samstag abend ausgeblieben, so daß die Kundgebung bis auf weiteres unterbleiben wird, da Professor Schnitzer gestern (Sonntag) nach Tyrol gereist ist. Am Montag nachmittag 5 Uhr findet in München eine allgemeine Studentenversammlung statt mit der Tagesordnung: Ehrung für Professor Schnitzer. — Die Demonstrationen gegen Professor Bardenhewer hatten ich am Sonnabend wiederholt.

Es wird weiter gekapert.

Im englischen Unterhaus wurde bei der fortgesetzten Adreßdebatte die Frage der Unantastbarkeit des Privateigentums auf See in Kriegszeiten aufgeworfen. Staatssekretär Grey erklärte, der Frage werde von der Regierung die größte Aufmerksamkeit gewidmet. In den Instruktionen der englischen Delegierten zur Haager Konferenz seien die Ansichten der Regierung ausgesprochen worden. Er glaube nicht, daß die Haltung der Regierung auch nur im entferntesten Einfluß auf die Frage einer Verminderung der Rüstungen gehabt habe. Vorausgesetzt, die Haager Konferenz käme zu einem Beschluß und die Mächte unterzeichneten diesen Beschluß, wollte dann das Haus die Garantie übernehmen, daß jede Macht den Beschluß achten würde? Würde das Haus sich wirklich sicher fühlen, wenn es zum Kriege käme und Englnad hätte kein Mittel, seine Handelsmarine zu schützen? Englands Mittel, einen Krieg zu führen, beruhten ganz auf seiner Seemacht, und wenn das Privateigentum unantastbar wäre, so wüßte er nicht, wie jemals ein Krieg beendigt werden könnte. Das Ergebnis einer Unantastbarkeitserklärung des Privateigentums würde sein, daß andere Länder zu der Annahme verleitet würden, daß die Flotte Großbritanniens nur eine Defensivwaffe sei. Wenn England sich der Mittel beraube, an die anderen Nationen durch deren eigene Handelsmarine einen Druck auszuüben, so könnten einige Großmächte mit äußerst geringer Gefahr für sie selbst einen Krieg mit England beginnen. Gegenwärtig sei die ganze Welt England wohlgesinnt und er glaube nicht, daß es eine einzige Macht gebe, die gegen England feindliche Absichten hege. (Beifall.) Er spreche deshalb nur vom akademischen Gesichtspunkte aus und nicht aus Befürchtung einer Kriegsgefahr. Unter den gegenwärtigen Umständen müsse die Regierung bei ihren Ansichtein beharren und könne im Hinblick auf die Sicherheit des Landes nicht die Gefahr auf sich nehmen, die mit den vorgeschlagenen Aenderungen verbunden sei. Nach weiterer Debatte wurde dieses Thema verlassen und schließlich die Adresse angenommen.

Deutschland.

— **(Die Frühjahrsreise des Kaisers.)** Die Mittelmeerreise wird der Kaiser von Italien aus antreten, wohin die Fahrt auf dem Landwege unternommen wird. In Venedig geht das Kaiserpaar an Bord, um zunächst auf Korfu Aufenthalt zu nehmen. Die Kaiserjacht „Hohenzollern" tritt am 26. Februar von Kiel die Ausreise, von der sie erst drei Monate später zurückkehrt, nach dem Mittelmeer an. Als erster Hafen wird zum Kohlenbunkern Gibraltar angelaufen. Ueber Pläne des Kaisers, die mit dieser Reise in Verbindung stehen sollen, gehen allerlei unbeglaubigte Gerüchte durch die Zeitungen. So heißt es, der Kaiser werde die Reise in Wien auf kurze Zeit unterbrechen, um bereits bei diesem Anlaß Kaiser Franz Joseph zu seinem Regierungsjubiläum persönlich seine Glückwünsche auszusprechen. Eine andere Meldung besagt, Kaiser Wilhelm gedenke gelegentlich seiner Frühlingsreise nach Korfu auch das türkische Vilajet von Janina zu besuchen. Der Sultan habe deshalb bereits den Gouverneur der Provinz angewiesen, die Wege in Ordnung zu bringen, und an die dort stationierten türkischen Truppen neue Uniformen zu verteilen. Was von diesen Gerüchten zutrifft oder nicht, muß dahingestellt bleiben.

— **(Die Polenvorlage.)** Die Kommission des Herrenhauses für die Polenvorlage trat Sonnabend vormittag in die zweite Lesung des Entwurfes ein. Im wesentlichen wurden die Beschlüsse der ersten Lesung gegen den Widerspruch der Regierung aufrechterhalten. § 13 heißt danach: Dem Staate wird das Recht verliehen, zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums Grundstücke im Wege der Enteignung zu erwerben. § 13a setzt dann die bekannten Ausnahmen von der Enteignung fest. Nach der wichtigsten, von der Regierung am stärksten bekämpften Bestimmung dürfen Grundstücke, die zu einem Familien-Fideikommiß gehören, sofern die Errichtung des Familienfideikommisses seit mehr als 10 Jahren bestätigt ist, sowie Grundstücke, die mehr als 10 Jahre im Besitz einer Familie sind, nicht enteignet werden. — Schließlich fand folgende Resolution Annahme: Die Staatsregierung zu ersuchen, baldmöglichst eine organische Reorganisation der Ansiedlungskommission in die Wege zu leiten und hierbei den Einfluß der beteiligten Oberpräsidenten zu verstärken, sowie die Mitwirkung der Organe der Selbstverwaltungen zu veranlassen. — Die Kommission wird am 20. d. M. den Bericht feststellen. Die Beratung der Polenvorlage im Plenum findet am 26. d. M. statt.

— **Minister v. Moltke,** der an Influenza erkrankt war, ist jetzt wiederhergestellt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

— **(Ein Tirpitz-Dementi.)** Die Meldung der „N. G. C.", daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz, die Viz admirale Schmidt und Wodrig, sowie Konteradmiral Capelle demnächst von ihren Posten zurücktreten würden, wird an zuständiger Stelle als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet.

— **(Rückfahrkarten und Fahrkartensteuer.)** Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt zu der Mitteilung betr. Wiedereinführung der Rückfahrkarten mit viertägiger Gültigkeit und Aufhebung der Fahrkartensteuer, daß von einem Plane der Aufhebung der Fahrkartensteuer nichts bekannt sei, daß eine Aenderung dieser Steuer aber erwogen werde. Die Wiedereinführung der Rückfahrkarten mit viertägiger Gültigkeit sei von der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen empfohlen, eine Wiedereinführung zu ermäßigten Preisen kommt aber nicht in Frage."

— **Ueber die Regelung der Gehälter für die Richter** und höheren Beamten der Staatsanwaltschaft hat der Justizminister jetzt eine allgemeine Verfügung erlassen, nach der die Staatsanwaltsbeamten den richterlichen Beamten völlig gleichgestellt sind. Es erhalten: die Senatspräsidenten, die Oberstaatsanwälte und die Landgerichtspräsidenten ein Gehalt von 7500 bis 11 000 Mark, in fünf Stufen, so daß sie das Höchstgehalt erst nach zwölfjähriger Dienstzeit erlangen. Die Oberlandesgerichtsräte, Landgerichtsdirektoren und Ersten Staatsanwälte erhalten ein Gehalt von 6000 bis 7200 Mark in drei Stufen, so daß sie das Maximum bereits nach sechs Dienstjahren erreichen; ihr Mindestgehalt liegt damit um 600 Mark über dem bisherigen. Die Landrichter, Amtsrichter und Staatsanwälte erhalten 3000 bis 7200 Mark Gehalt in acht Stufen mit je 600 Mark Steigerung, so daß sie in 21 Jahren auf das Höchstgehalt kommen. Dieses Höchstgehalt liegt um 600 Mark über dem bisherigen, das nur 6600 Mark betrug.

— **Die Offizierbesoldungsnovelle** hat vor einigen Tagen dem preußischen Staatsministerium vorgelegen und ist von diesem gutgeheißen worden. Wie berichtet wird, erfolgt die Neuregelung vorläufig bis einschließlich der Hauptleute, unter Zugrundelegung der Dienstzeit und stellt eine Verbindung von Dienststellen- und Altersstufensätzen dar. Für die Subalternoffiziere wird es in Zukunft nur eine Gehaltsklasse geben. Bisher betrug das Gehalt der Leutnants zwischen 1290 und 1578 Mark, das Gehalt der Oberleutnants 1890 Mark jährlich. In Zukunft beginnt das Leutnantsgehalt mit 1500 Mark jährlich und steigt, unabhängig von der Beförderung zum Oberleutnant, von vier zu vier Jahren um je 300 Mark bis zu einem Höchstgehalt von 2100 M. Für die Oberleutnants beträgt demnach die Aufbesserung 210 Mark jährlich. Für die Hauptleute ist ein Grundgehalt von 4000 Mark — gegen das bisherige Anfangsgehalt (2. Klasse) von 3402 Mark — vorgesehen. Einschließlich der Löhnungsverbesserungen für Unteroffiziere betragen die vom Kriegsministerium anzufordernden Mehrkosten etwa elf Millionen Mark. Der Gesetzentwurf sieht den 1. April 1908 als den Termin für die Gehaltsaufbesserung vor. Eine Vorlage soll dem Reichstage in den ersten Märztagen zugehen.

— **(Abg. Pfarrer Grandinger.)** Erzbischof Abert macht dem Abgeordneten Pfarrer Grandinger in einem Schreiben Vorhaltungen darüber, daß Grandinger trotz des nach seiner Wahl abgegebenen Versprechens, nicht der liberalen Partei beizutreten, jetzt als Reiseprediger des Liberalismus das Land durchziehe. Das sei mit seiner Stellung und seinem Beruf als katholischer Priester unvereinbar und errege Aergernis in weitesten katholischen Kreisen. Der Erzbischof verweist schließlich Grandinger, nachdem alle bischöflichen Ermahnungen bisher fruchtlos geblieben, auf den kanonischen Gehorsam, zu welchem er seinem Bischof durch das Ordinariatsgelöbnis verpflichtet sei. Ferner verbietet der Erzbischof kraft seines oberhirtlichen Amtes zur Vermeidung weiterer Aergernisse dem Abg. Grandinger, in der Schulfrage mit der liberalen Partei gemeinsame Sache zu machen und untersagt ihm den für Sonntag angekündigten Vortrag im Jungliberalen Verein zu Nürnberg.

— **(Vom Pfarrer Mansuy.)** Auch die Schulbehörde hat jetzt den katholischen Schülern den Besuch der Kirche des Pfarrers Mansuy in Ars an der Mosel untersagt.

Ausland.

Russland.

— **In der russischen Duma** teilte der Präsident Chomjakow mit, daß Baron Meyendorff das Amt des Vizepräsidenten niedergelegt habe. Man vermutet, daß Meyendorff durch die Angriffe der Rechten, welche ihn seiner deutschen Abstammung wegen zu verdächtigen suchten, dazu getrieben wurde, sein Amt niederzulegen. Sein Ausscheiden wird sehr bedauert.

— **Der Rücktritt** des Generalgouverneurs von Finnland Geheimrat Gerhard wird nach Erledigung verschiedener Formalitäten dieser Tage offiziell bekanntgemacht werden. Gerhard verläßt seinen Posten nicht freiwillig. Als Nachfolger wird General Boeckmann genannt, augenblicklich Korpskommandeur von Finnland.

Kolonien.

— **Die Kriegsgefangenschaft der Hereros** ist aufgehoben. Diese dürfen insbesondere nicht mehr einem bestimmten Arbeitgeber zur Beschäftigung überwiesen werden, sondern es muß ihrem Willen überlassen bleiben, mit wem sie einen Dienstvertrag abschließen wollen. Bisherige Kriegsgefangene müssen noch bis zum 14. Februar in ihrem bisherigen Dienstverhältnis verbleiben.

Westfalen u. Rheinland.

Kamen, 18. Februar. **(Darf ein Arzt seine Praxis verkaufen?)** Diese Frage ist vom Reichsgericht jetzt dahin entschieden worden, daß der Verkauf einer ärztlichen Praxis rechtsunwirksam sei, weil er gegen die guten Sitten verstoße. Der Prozeß, der diese Entscheidung veranlaßte, spielt zwischen zwei Zahnärzten, deren einer dem andern seine Praxis für 70 000 Mark verkauft hatte. Der Kaufvertrag war vom Käufer später auf Grund der §§ 134 und 138 B. G.-B. als nichtig angefochten worden. Das Reichsgericht erkannte dahin, daß das vorliegende Verkaufsverhalten die Standessitten der Aerzte verletze und die monatliche hohe Abzahlung zum Nachteil der Hilfesuchenden werden müsse, da der Nachfolger in der Praxis zu sehr auf Einnahmen hinarbeiten müsse. Ueberdies verstoße jeder Verkauf einer ärztlichen Praxis deshalb gegen die guten Sitten, weil der Verkäufer weder die wissenschaftliche und sittliche Befähigung seines Nachfolgers als vielmehr die Höhe des Kaufpreises berücksichtigen würde.

Kamen, 18. Febr. **(Verschiedenes.)** Durch Allerhöchsten Erlaß ist der Königl. Kammerherr F. v. Bodelschwingh-Plettenberg Haus Heeren, auf Lebenszeit als **Mitglied des Herrenhauses** berufen worden.

Aus **Herne** wird geschrieben: „Die Stadtverordneten haben Freitag einen löblichen Beschluß gefaßt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag des Stadtverordnetenvorstehers beschlossen, eine besondere Kommission einzusetzen, die dafür zu sorgen hat, daß die Presse über **die Vorgänge in den geheimen Stadtverordnetensitzungen** angemessen unterrichtet wird." — Dieser Beschluß kann auch anderweit bestens empfohlen werden.

Das überlange Stehenlassen von Pferd und Wagen vor Wirtschaften ist eine große Tierquälerei, so entschied das Schöffengericht Hannover in einer Strafsache gegen zwei Fuhrknechte aus Limmer. Beide hatten im Dezember v. J. Asphalt nach der Baugesellschaft in Linden zu fahren. Gleich nach 7 Uhr morgens ließen sie ihre beiden Fuhrwerke auf der Straße stehen und begaben sich in eine Wirtschaft, wo sie ununterbrochen bis 11 Uhr zechten, ohne sich an die armen in der Kätte frierenden Tiere zu kümmern. Dann fuhr einer der Knechte die beiden Fuhren ihrem Bestimmungsorte zu und kam mit dem leeren Wagen alsbald wieder zurück, worauf weiter gezecht wurde. Gegen 1/2 3 Uhr kam ein Angestellter der Firma, bei der die beiden Knechte beschäftigt waren, vorüber und wollte die beiden Fuhrleute nach Hause bringen. Einer mißhandelte ihn aber mit der Peitsche. Diese Tat ahndete das Gericht zunächst mit einem Monat Gefängnis. Dann wurden beide Fuhrknechte wegen Tierquälerei zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Das Gericht betonte, daß das rohe Verhalten der Fuhrknechte die Erkennung auf eine Geldstrafe ausgeschlossen habe.

?(**Hamm,** 17. Febr. **(Zu Tode gequetscht.)** Auf dem Frachtbahnhof der Zeche Radbod wurde Samstag mittag der Schaffner Bäumer zwischen den Puffern zu Tode gequetscht.

?(**Dortmund,** 15. Febr. **(Verschiedenes.)** Auf der Zeche Adolf v. Hansemann geriet der 21jährige Bergmann Thaddäus Maräsch bei der Kohlenförderung **zwischen Korb und Zimmerung.** Er starb bald an den erlittenen Verletzungen.

Unter dem dringenden Verdachte, den **Einbruchsdiebstahl auf Zeche Lukas** ausgeführt zu haben, wurde auf Anordnung des Untersuchungsrichters der Zechennachtwächter Wetter verhaftet. Bei dem Einbruch fielen den Dieben bekanntlich zirka 25 000 Mark in die Hände.

An der Düppelstraße wurde dem etwa 50jährige Arbeiter Jakob Rolfs am Bettpfosten **erhängt** aufgefunden.

Auf dem Eisenstahlwerk Hoesch **verunglückte** der Schlosser Johann Müller dadurch daß er, auf der Kranbahn sitzend, das Herannahen eines Schargierwagens nicht bemerkte und von dem Laufrad gegen eine Säule gedrückt wurde; der Tod trat bald darauf ein. Auf demselben Werk kam der Arbeiter Mathias Besterhenn dadurch zu Tode, daß ihm bei Ausübung seines Berufes der Kopf total zertrümmert wurde.

Linden (Ruhr, 15. Febr. **(Verunglückt.)** Auf Zeche „Friedlicher Nachbar" flog dem Holzschneider Gaikowsky ein Stempel derart vor den Leib, daß der Getroffene starb. G. hinterläßt Frau und sieben Kinder.

?(**Herne,** 17. Febr. **Einen Gaunertrick,** der vielleicht Wiederholung findet, hat ein Schwindler hier mit Erfolg versucht. Gegen 6 Uhr abends kam kürzlich ein bessergekleideter Mann zum Kauenwärter und erzählte ihm, er sei vom Betriebsführer heraufgeschickt worden, er sei bisher Steiger im Kalibergbau gewesen und sollte jetzt auf Hibernia 3 Monate steigern. Da er 2 Tage auf der Bahn gewesen sei, so möchte er gern baden. Durch das sichere Auftreten des Gauners und veranlaßt durch das Erbieten, dem Kauenwärter seine Papiere zu zeigen, ließ sich dieser verleiten, ihn in die Steigerwaschkaue zu führen. Hier hat der Gauner schnell die Taschen der Kleider der Beamten durchsucht und sich mit der nicht unbeträchtlichen Beute dann schleunigst aus dem Staube gemacht.

?(**Heerdt,** 17. Febr. **(Vom Automobil überfahren.)** Im hiesigen Krankenhause ist ein verheirateter Arbeiter aus Büderich gestorben, der vor seinem Tode erklärte, daß er von einem Automobil überfahren worden sei, indes noch die Kraft besessen habe, sich nach Hause zu schleppen. Die bisherigen Ermittelungen nach dem Leiter des Kraftfahrzeugs waren erfolglos.

?(**Bremen** bei Werl, 17. Febr. **(Geständnis.)** Freitag fand hierselbst in der Raubmordaffäre Wirt Strathmann ein Lokaltermin statt. Der mutmaßliche Mörder, Anstreicher Schulte, wurde aus dem Zuchthause in Werden gefesselt vorgeführt. Angesichts der Mordstelle konnte er nicht umhin, die Tat mit allen schon bekannten Einzelheiten einzugestehen.

*

Ausserordentliche westfälische Provinzialsynode.

Bielefeld, 15. Febr. Auf der Tagesordnung der 2. Plenarsitzung stand zunächst die Weiterberatung des Pfarrbesoldungsgesetzes. Die zur Vorberatung des Gesetzentwurfes eingesetzte Kommission hatte Herr Rektor Hark zum Berichterstatter bestimmt. Derselbe erstattete ein ausführliches Referat worin er besonders auf die aus dem Plenum heraus angeregten Fragen näher einging. Schließlich empfahl er dringend die Annahme des Gesetzes. Außerdem schlug er im Namen der Kommission zwei Resolutionen vor und zwar:

1. Provinzialsynode empfiehlt den Gemeinden mit besonderen Teurungsverhältnissen, die ihren Pfarrern bisher eine Teuerungszulage bewilligt haben, diese Zulage tunlichst weiter zu bewilligen.

2. Provinzialsynode richtet an den Vorstand der Alterszulagekasse die dringende Bitte, diejenigen Pfarrstellen, deren Inhaber nach besonderen Gehaltsregulativen besoldet werden, in der Regel in der 2. oder 3. Klasse zur Versicherung zuzulassen und empfiehlt den betreffenden Gemeindeen mit dieser Voraussetzung den Anschluß an die Alterszulagenkasse zu bewerkstelligen.

Die Provinzialsynode nahm nach kurzer Debatte beide Anträge der Kommission an. Bei der nunmehr erfolgenden Abstimmung wurde der Pfarrbesoldungsgesetz-Entwurf einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende fuhr dann fort mit der Erstattung des Provinzialsynodalberichtes, im Anschluß daran erhob sich eine längere eingehende Debatte über die Einführung des neuen Volksschulunterhaltungsgesetzes. Ein Antrag auf Einrichtung von konfessionellen Volksschulvorständen wurde später wieder zurückgezogen. Des weiteren beschäftigte sich die außerordentliche Provizialsynode mit der Berufung der Professoren Deißmann und Drews. Nach längerer, lebhafter Debatte wurde eine Resolution angenommen, welche sich etwa in dem Sinne aussprach, daß der evangelische Oberkirchenrat mit allen Nachdruck dafür eintreten möchte, daß bei der Besetzung der theologischen Professuren die positive, biblische Richtung mehr als bisher berücksichtigt werden möchte.

Dem Verein für die Innere Mission in der Grafschaft Mark für publizistische Arbeiten wird ein jährlicher Beitrag von 2000 Mk. aus Mitteln des Gesangbuchsfonds und dem Martineum eine Kirchenkollekte in der Provinz Westfalen für das Etatsjahr 1908 bewilligt.

Damit war die Tagesordnung der außerordentlichen Provinzialsynode erledigt.

*

?(**Bielefeld,** 15. Febr. **(Kohlengasvergiftung.)** Der Handlanger Seppmann von hier hatte sich Donnerstag abend in dem Zimmer eines Neubaues am Alten Markt, in welchem ein Koksofen stand, eingeschlossen. Als man Freitag früh das Zimmer gewaltsam öffnete, fand man Seppmann tot vor, er war einer Kohlengasvergiftung erlegen. Die sofort angestellten Widerbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

?(**Witten,** 15. Febr. **Eine schreckliche Tat** verübte vorgestern abend ein Geisteskranker namens Rudolf Kröger, der vor kurzem hier zuzog und bei einem hiesigen Geschäftsmann in Stellung war. Er verfiel plötzlich in Irrsinn und vor zwei Tagen gelang es ihm, zu entweichen. Donnerstag abend wurde er mit durchschnittener Kehle in der Röhrchenstraße aufgefunden. Man vermutet, daß es sich um einen Selbstmord handelt.

?(**Driburg,** 17. Febr. **(Vergiftung.)** Infolge Genusses anscheinend verdorbenen Handkäses sind hier etwa 80 Personen zum Teil schwer erkrankt. Unter den Erkrankten befinden sich viele Arbeiter der beiden hiesigen Glashütten, die teilweise den Betrieb einstellen mußten.

?(**Bottrop,** 17. Febr. **(Achtet auf eure Kinder.)** Freitag abend trank die zweijährige Franziska der Eheleute Rautenberg aus einer Kanne einen Schluck kochendheißen Kaffee. Das Kind wurde innerlich so schwer verbrannt, daß es nach zwei Stunden starb.

?(**Mülheim** (Ruhr), 17. Febr. **(Radfahrer verunglückt.)** Freitag abend stürzte am Rheinhafen in Duisburg der Kaufmann Max Zietzschmann, beim Radfahren mit seinem Rade die Böschung hinunter. Er erlitt einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen. Er wurde sogleich in das Vincenzhospital überführt, in dem er Samstag morgen gestorben ist.

?(**Ohligs,** 15. Febr. **Bei einer Milchrevision** mußte eine ganze Reihe von Beanstandungen erfolgen. Einem Milchhändler aus einer benachbarten Ortschaft mußten nicht weniger als 122 Liter Milch ausgegossen werden, da dieselbe allzusehr mit Wasser bedacht war. In diesem Falle dürfte die Bestrafung eine ganz empfindliche sein.

Osterfeld, 15. Febr. **Bei einer Polenhochzeit** in Vonderort drangen die Gebrüder Peczinski als ungebetene Gäste ein und bedrohten auf dem Nachhausewege einen Hochzeitsgast, den Bergmann Kowalski, mit dem Messer. Darauf schlug letzterer den Michael Peczinski mit einem Hackenstiel derart über den Kopf, daß er ihm die Schädeldecke zertrümmerte. Im Krankenhause ist der Geschlagene nun gestorben, ein Knochensplitter war ihm in das Gehirn gedrungen.

?(**Duisburg,** 17. Febr. **Die Strafkammer** verurteilte den Arbeiter Josef Glogazak aus Sterkrade wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu einem Jahr Gefängnis. Dieselbe Strafkammer verurteilte den Schiffsjungen Hartung aus Duisburg, der sich in der Liebfrauenkirche der Gottesdienststörung schuldig gemacht hatte, zu drei Wochen Gefängnis.

Duisburg, 15. Febr. **(Beim Fischen ertrunken.)** In der Nacht ertranken zwei Arbeiter aus Buchholz, die auf dem Rheine unberechtigten Fischfang trieben.

Mörs, 15. Febr. **Der Fuhrmann** Gerhard Rosen aus Aldekerk verunglückte hier tödlich unter den Rädern seines Fuhrwerks, von dem er vorn absprang. Er hinterläßt eine Frau und sieben Kinder.

M.-Gladbach, 15. Febr. **(Unterschlagungen. — Schlägerei im Gerichtssaal.)** Der Schneider Franz Schmitz, der frühere Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftskartells stand vor der Strafkammer unter der Anklage, etwa 600 Mark Beitritts- und Streikgelder aus der Gewerkschaftskasse sowie eine ganze Menge Tuch- und Buckskinstoffe, aus denen er Kleidungsstücke herstellen sollte, unterschlagen zu haben. Er war mit dem Gelde ins Ausland geflohen, wurde aber später ergriffen. Das Gericht verurteilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis. — Sodann kam es im Gerichtssaal zu einer regelrechten Schlägerei. Drei Arbeiter waren wegen Diebstahls von Fahrrädern angeklagt. Zwei gaben den Diebstahl zu und beschuldigten nun auch den dritten, einen Mann namens Josef Wessel. Dadurch wurde letzterer so erregt, daß er mit dem Rufe „Ich bin unschuldig" auf die beiden anderen losschlug. Die Gerichtsdiener hatten große Mühe, die Prügelei zu beenden. Die

Verhandlung endete mit der Verurteilung der beiden ersten und der Freisprechung des dritten Angeklagten, der sich so „schlagfertig" verteidigt hatte.

H **M.-Gladbach,** 15. Febr. **Der Beschluß** des Gemeinderats, das Grundgehalt der Lehrer um 100 Mark zu erhöhen, ist von der Regierung nicht genehmigt worden.

?(**Emmerich,** 15. Febr. **(Zwischen die Puffer geraten.)** Gestern vormittag geriet auf der hiesigen Hafenbahn ein Sohn des Maschinisten Meyer zwischen die Puffer zweier Wagen, wobei ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Verunglückte wurde ins Hospital gebracht, wo er alsbald starb.

?(**Emmerich,** 15. Februar. **(Eine Rabenmutter.)** In dem benachbarten holländischen Orte 's Heerenbog hatte eine Mutter ihr kleines Kind mit einem Schürhaken geschlagen und dann in den Keller gesperrt; als sie es nachher herausholen wollte, fand sie es tot vor.

?(**Mülheim** (Rhein), 17. Febr. **(Gewerbegerichtswahl.)** Unter lebhafter Beteiligung, namentlich der Arbeitnehmer, fand hier die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht statt. In der Arbeitgeberwahl siegten die Ordnungsparteien mit 795 gültigen Stimmzetteln über die Sozialdemokraten mit 57 Zetteln. Von den Arbeitnehmern wurden 11 460 giltige Stimmzetteln mit 114 600 Stimmen abgegeben, wovon die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften erhielten 3774 Stimmen, die freien Gewerkschaften 62 545 Stimmen und die christlich sozialen Gewerkschaften 48 281 Stimmen. Die ersten fielen durch, die zweiten erhielten 6 Sitze und die dritten 4 Sitze. Die freien Gewerkschaften gewannen gegen bisher 1 Sitz.

?(**Köln,** 15. Febr. **(Den Krähen preisgegeben.)** Auf einem Felde bei Köln-Longerich fanden Kinder die Leiche eines mehrere Monate alten Kindes, die von Krähen bis zur Unkenntlichkeit zerfleischt war. Einstweilen konnte die Herkunft des Kindes noch nicht ermittelt werden.

Viersen, 15. Febr. **(Ueberfahren.)** Auf der Vierstädtebahn ist ein älterer Fuhrmann überfahren und schwer verletzt worden. Er hatte das Signal überhört.

Bonn, 15. Febr. **Der Heizer,** dessen Kleidung am Montag auf der Fahrt von Siegburg nach Troisdorf an der Lokomotive Feuer fingen, ist heute im Krankenhause zu Troisdorf seinen schweren Brandwunden erlegen.

Bonn, 15. Febr. **Mit erfrorenen Füßen und Beinen** in hilflosem Zustande aufgefunden wurde in Miehl ein 16 Jahre alter Bäckerlehrling, der vor ca. 8 Tagen seinem Meister in Remscheid entlaufen war. Er setzte von dort aus seine Wanderung zu Fuß nach Rheinbach fort. In Miehl (Kreis Rheinbach) suchte er in einem Heuschuppen Unterkommen. Durch die anhaltende Kälte waren ihm beide Füße erfroren. Er konnte nicht mehr weiter, bis er schließlich von Landleuten im hilflosem Zustande aufgefunden und in die hiesige Klinik gebracht wurde.

Frankfurt a. M., 15. Febr. **(Deutsches Turnfest.)** Vom 18. bis 23. Juli findet hier das XI. Deutsche Turnfest statt, zu dem über 40 000 Turner aus Deutschland, Oesterreich, den Ver. Staaten und anderen Ländern erwartet werden. Der unmittelbar um die Festhalle sich erstreckende Festplatz mit seiner monumentalen Eingangshalle wird so hergerichtet, daß die turnerischen Vorführungen von den Tribünen aus unbehindert verfolgt werden können. Das Festprogramm steht in großen Zügen bereit fest. Vom 11. bis 17. Juli wird die Turnerschaft Frankfurts auf dem Festplatz turnerische Vorführungen veranstalten. Am 18. findet dann die Begrüßung der von auswärts eingetroffenen Gäste und eine Jahn-Gedenkfeier in der Paulskirche, dem Sitzungsraume der National-Versammlung von 1848, statt. Am 19. Juli bewegt sich der Festzug durch die Straßen der Stadt. An diesem Tage, wie an den drei folgenden, wechseln auf dem Festplatze die Uebungen der Kreise, Wettkämpfe, Spiele usw. in bunter Reihe. Mit einer Turnfahrt nach dem Feldberg und der Verkündigung der Sieger in der Festhalle findet die Feier ihren Abschluß. Im Schauspielhause gelangt an drei Abenden das von W. Henzen gedichtete Jahn-Festspiel zur Aufführung.

2 große Juwelendiebstähle.

Zwei Juwelendiebstähle großen Stils haben sich dieser Tage in Berlin ereignet. Eine Gräfin ist ihres Perlenschmuckes im Werte von über eine Viertelmillion Mark und eine Baronin ihrer Rubinen beraubt worden, deren Wert auf 50 000 Mark geschätzt wird. Ueber den Perlenraub wird gemeldet:

Der mysteriöse Diebstahl wurde im Hause Hindersinstraße 9 begangen, wo in den Hochparterreräumen der General der Kavallerie z. D. Graf v. Wartensleben wohnt. Seine Gattin war am Freitag abend kurz nach 11 Uhr aus dem Theater heimgekehrt und begab sich mit ihrer Zofe in das Ankleidezimmer. Die Gräfin hatte im Theater eine anderthalb Meter lange und aus vier zusammengesetzten Stücken bestehende Perlenkette, deren jedes auch als Einzelkette dienen kann, getragen. Außerdem hatte sie eine kleinere Kette angelegt. Sie legte im Ankleidezimmer die fünf Perlenketten ab und trug sie in ein Silberkästchen, das auf einem Tische stand. Die Gräfin begab sich dann in ein Nebenzimmer, um Tee und Gebäck einzunehmen. Als sie nach einer halben Stunde auch die Ohrringe in das Kästchen legen wollte, bemerkte die Gräfin, daß die große, aus vier einzelnen Stücken zusammengesetzte Perlenkette

im Werte vom 250 000 Mark

und noch eine Nadel mit einer besonders großen weißen Perle im Werte von 17 000 Mark verschwunden waren. Der Perlenschmuck, den die Gräfin vor einigen Jahren in Berlin kaufte, ist allen großen Berliner Juwelieren genau bekannt. Er besteht aus großen Perlen, deren größte die Mitte einnimmt. Die Perlen werden nach den beiden Seiten zu immer kleiner. Es sind äußerst schöne Perlen. Die fünfte kleine Kette, die die Gräfin einzeln umgelegt hatte, war nicht geraubt worden. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt. Ihre Feststellungen ergaben, daß die Zofe, die erst seit vierzehn Tagen ihre Stelle einnimmt, allein im Ankleidezimmer zurückgeblieben war, um die abgelegten Sachen fortzutragen, dann aber ihr eigenes Zimmer aufgesucht hatte. Eine Durchsuchung dieses Zimmers blieb ohne Ergebnis. Die Zofe, gegen die bisher nichts vorliegt, bestreitet jede Schuld, ist aber vorläufig in Haft behalten worden. Die auf die Straße führenden Fenster der Wohnung waren nicht geöffnet. Auch ist keine fremde Person in dem verschlossenen Hause bemerkt worden. Auffallend war dagegen, daß das nach der Straße zu belegene Fenster des von der Zofe bewohnten Zimmers offen stand. Es liegt die Annahme nahe, daß die Zofe die Perlen einem Helfershelfer zugeworfen hat, von dem aber die Kriminalpolizei bisher keine Spur entdeckt hat.

Die verschwundenen Rubinen.

Unaufgeklärt ist auch das Schicksal eines Rubinenschmucks im Werte von 50 000 Mk. In einer Nervenheilanstalt zu Lankwitz befindet sich seit einiger Zeit eine Baronin v. Liebermann zur Kur. Die Dame besitzt einen wertvollen Rubinenschmuck, den sie nicht in der Wohnung zurücklassen wollte und nach dem Sanatorium mitnahm. Eines Tages waren die Rubinen verschwunden. Die Nachforschungen der Lankwitzer Kriminalpolizei führten zu einem überraschenden Ergebnis. Eine Wäscherin der Anstalt hatte das Kollier angeblich zwischen getragener Wäsche vorgefunden. Sie erkannte jedoch den Wert der Rubinen nicht und schenkte sie einer Freundin, die sie für ein paar Mark einem jungen Mädchen verkaufte. Das Mädchen schenkte das Kollier einer Bekannten zum Geburtstag. Die Rubinen wanderten von Hand zu Hand. Die letzte Besitzerin hat aber, wie die Polizei annimmt, den Wert des kostbaren Geschenkes erkannt und die Rubinen veräußert oder versteckt. Das Mädchen ist eingehend vernommen worden und gibt an, daß sie das Kollier verlegt habe und nicht wisse, wo es sich befinde. Haussuchungen, die bei ihr und an anderen Stellen vorgenommen worden sind, bleiben ohne jeden Erfolg. Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft überwiesen worden, die ein Verfahren wegen Fundunterschlagung und Hehlerei gegen alle Personen eingeleitet hat, die im Besitze der Juwelen waren.

Aus aller Welt.

— **Die Wiederherstellung der Hohkönigsburg.** Ueber die Hohkönigsburg und deren Wiederherstellung berichtet der Reichsanzeiger in einem längeren Artikel, der einen Rundgang durch die ausgedehnten Bauten schildert. Die Hohkönigsburg nimmt auf dem einen Kilometer langen Bergkamme bei Kinzheim den östlichen Teil in einer Länge von 265 Meter ein. Es ist jetzt fast alles vollendet, nur im Tiergarten wird noch eifrig gearbeitet. Doch ist mit Sicherheit zu erwarten, wenn nicht besondere Zwischenfälle eintreten, daß zum Mai alles fertig ist, so daß vom Tage der Grundsteinlegung zum eigentlichen Wiederaufbau durch den Kaiser am 12. Mai 1901 genau sieben Jahre gebraucht worden sind, um diese größte und besterhaltene Burgruine des Elsaß wiederherzustellen. Allerdings gingen zwei Jahre Ausgrabungen und Forschungen an der Burg und in den Urkunden voraus, da der Architekt Bodo Ebhardt, nach dessen Plänen und unter dessen Leitung die Wiederherstellung der Burg vor sich ging, seine Arbeiten schon 1899 begann.

— **Bei einem Brande** in Rengersdorf (Schlesien) erstickten drei Kinder eines Arbeiters, während das vierte an Rauchvergiftung schwer erkrankte.

— **Ohne Rettung!** Die Versuche, die im Steinkohlenbergwerk von Glencoe eingeschlossenen Bergleute zu retten, sind eingestellt worden, da jeder Versuch, in das Bergwerk einzudringen, den unmittelbaren Tod für die Retter zur Folge haben würde. Es sind zwölf Europäer und sechzig Eingeborene verschüttet.

— **Auf der Hochzeitsreise** verhaftet wurde in Goslar a. H. der Direktor Krahe, Bevollmächtigter der Portland-Zementfabrik „Hercynia" in Harzburg, der seit einiger Zeit wegen Unterschlagung und Veruntreuung von der Staatsanwaltschaft in Braunschweig steckbrieflich verfolgt wurde. Der Verhaftete hatte sich am 6. d. M. mit einer Dame aus Brüssel verheiratet und war dieser Tage auf seiner Hochzeitsreise nach Goslar gekommen, wo er in einem Hotel festgenommen wurde. Die Verhaftung Krahes soll auch mit einem Diebstahl eines Platinatiegels im Werte von 40,000 M. auf den Kommunionhüttenwerken Ocker zusammenhängen.

— **Ein Beispiel von Verwilderung italienischer Theatersitten** lieferte, wie der „Voss. Ztg." aus Mailand berichtet wird, die italienische Uraufführung der Posse „Die gelbe Gefahr" im Mailänder Olympia-Theater. Das Publikum erhob nach der ersten Szene des zweiten Aktes ein derartiges wüstes Geschrei, stampfte mit den Füßen und einige besonders eifrige Zuschauer intonierten ein so lautes Pfeifkonzert, daß die Vorstellung abgebrochen werden mußte. Die Schauspieler trugen einige Monologe vor, um das Publikum zu entschädigen.

— **Beim Fällen einer Eiche** bei Sturmbruch in Waldeck wurde der 80jährige Gutsbesitzer Biederbich vor den Augen seiner Söhne von der fallenden Eiche erschlagen.

— **Der angeklagte Magistrat.** Es gehört wohl zu den Seltenheiten, daß ein Stadtrat in corpore in Anklagezustand versetzt wird. Das ist dieser Tage in Bruchsal in Baden vorgekommen, und zwar hat das Amtsgericht zu Bruchsal auf besondere Veranlassung des Ministeriums des Innern und nach Antrag der Staatsanwaltschaft gegen sämtliche Mitglieder des Stadtrats sowie gegen den Mannheimer Stadtbaurat Uhlmann und dessen Bauführer das Hauptverfahren vor dem Bruchsaler Schöffengericht eröffnet, da sie hinreichend verdächtig erschienen, daß sie den Schlachthof in Angriff nahmen und bis zum Rohbau fertigstellen ließen, ohne dazu die Gewerbe- und polizeiliche Genehmigung erhalten zu haben.

— **Die Schnitterin** gegen den Militärfiskus. Einen Schadenersatz von 5000 M. verlangt eine Schnitterin vom Militärfiskus für eine schwere Verletzung, die sie anläßlich des vorjährigen Herbstmanövers in Mecklenburg erlitten hat. In dem Dorfe Poltnitz lag damals die 3. Batterie des 9. Feldartillerie-Regiments in Quartier. Nach Schluß der Uebung sollten die Geschütze gereinigt werden. Als die Schnitterin am Geschützpark vorüberging, entlud sich eine aus Versehen in einem Geschütz steckengebliebene Kartusche, wodurch die Frau so schwer verletzt wurde, daß sie erst vor kurzem aus dem Krankenhause wieder entlassen werden konnte.

Neueste Nachrichten

W = Wolff's Bureau, H = Hirsch's Bureau, ⌘ = Privattelegramm.

Der Reichstag

führte am Montag, also nach vier Tagen, die Generaldebatte über den Postetat zu Ende. Die Hauptkosten des Tages bestritten die Sozialdemokraten, von denen die Abgg. Eichhorn und Lehmann sprachen. Sie richteten wieder wegen des Falles Schellenberg und wegen der feindlichen Stellung, die der Staatssekretär in seinen jüngsten Reden gegen die Sozialdemokratie eingenommen hat, scharfe Angriffe gegen ihn und verlangten seine sofortige Entfernung aus dem Amte. Ihnen traten von der Rechten die Abgg. Dr. Böhme (Wirtsch. Vgg.) und Frhr. v. Gamp (Rpt.) entgegen. Sie erklärten es für durchaus richtig, daß der Staatssekretär Sozialdemokraten als Beamte oder Arbeiter im Postbetriebe nicht dulden wolle und warfen der Sozialdemokratie vor, daß sie die Beamten der Post leichtfertig verleumdet hätte, als sie ihnen beweislos Bruch des Briefgeheimnisses vorwarf, und daß sie innerhalb ihrer Partei ebenso unduldsam sei. Vom Zentrum sprach der Abg. Wiedeberg für die Telegraphenarbeiter und Maschinenwärter, während die Abgg. Hug-Konstanz und Duffner überwiegend Lokalschmerzen vortrugen. Nach Schluß der Generaldebatte erledigte das Haus in der Spezialberatung noch einige Kapitel und vertagte dann die Weiterberatung des Postetats.

Das Abgeordnetenhaus

verhandelte am Montag zunächst über einen von den Nationalliberalen und Freisinnigen gestellten Antrag, der eine eingehende Auskunft über die vom Handelsminister angestellten Untersuchungen über die Vorbildung der Fortbildungsschüler und über die Maßnahmen zur Behebung der etwa zutage getretenen Mängel des Volksschulunterrichts verlangte. Nach der Begründung des Antrages durch Abg. Schiffer (natl.) erwiderte Minister Dr. Holle, daß die Ergebnisse der vom Handelsminister angeordneten Untersuchungen noch nicht vorliegen, die Verschiedenheit der Schulsysteme und des Schülermaterials erschwere die Aufstellung einheitlicher Lehrpläne für die Fortbildungsschulen außerordentlich. Die Verwaltung sei bemüht, die Volksschule immer mehr zu heben. Von den Rednern der Konservativen und des Zentrums wurden Bedenken geäußert, daß man in den Volksschulen leicht zu einem Zuviel in bezug auf die Lehrfächer kommen könne. Abg. Eickhoff (Frs. Vpt.) verlangte eine Herabsetzung der Maximalschülerzahl für eine Klasse von 70 auf 50 und eine Revision der Aufnahmeprüfungen für das Seminar in dem Sinne, daß Schüler mit dem Zeugnis für Obersekunda einer höheren Lehranstalt nicht noch eine besondere Prüfung beim Uebergang auf das Seminar zu bestehen haben. Der Antrag wurde der Unterrichtskommission überwiesen.

Dann wurde ein nationalliberaler Antrag auf Bereitstellung von Staatsmitteln, um besonders befähigten Volksschülern die weitere Ausbildung zu ermöglichen, beraten, der ebenfalls vom Abg. Schiffer (nl.) begründet wurde und der dabei darauf hinwies, daß die Gleichberechtigung der Staatsangehörigen vielfach nur auf dem Papier stehe. Minister Dr. Holle gab eine Uebersicht über die in den verschiedenen Ressorts zur Verfügung stehenden Mittel und bezeichnete es als wünschenswert, daß, wenn Unbemittelte wert seien, staatlich gefördert zu werden, auch die notwendigen Mitteln vorhanden seien. Abg. Cassel (Frs. Vpt.) betonte die Notwendigkeit, daß auf dem Gebiete erheblich mehr als bisher geschehen müsse entsprechend der geschichtlichen Tradition, nach der in Deutschland oft Leute aus den ärmsten Klassen zu hoher geistiger Entwicklung und großer Bedeutung im Vaterlande gelangt seien. Auch Vertreter der übrigen Parteien sprachen sich sympathisch zu dem Antrage aus, der ebenfalls der Unterrichtskommission überwiesen wurde. — Schließlich wurde noch über einige Anträge auf Erhöhung der Ostmarkenzulagen der Lehrer verhandelt. Nachdem Minister Holle erklärt hatte, daß in der Lehrerbesoldungsvorlage die Erhöhung der Ostmarkenzulagen berücksichtigt werden würde, wurden die Anträge der Freisinnigen Vereinigung und der Nationalliberalen und Freikonservativen zurückgezogen, während ein konservativer Antrag der Kommission überwiesen wurde, die später die Lehrerbesoldungsvorlage beraten soll.

H **Geestemünde,** 17. Febr. Die Faßfabrik der deutsch-amerikanischen Petroleumgesellschaft ist vollständig **niedergebrannt.** Der Schaden beträgt 100 000 Mark.

⌘ **Charlottenburg,** 17. Febr. Hier wurde eine **Werkstätte für falsches Geld** und zwar von russischen Banknoten im Betrage von 50 und 500 Rubel, von der Kriminalpolizei aufgehoben. Im Zusammenhang damit wurden drei Personen verhaftet.

⌘ **Wiesbaden,** 17. Febr. Am 20. März findet in Homberg eine gemeinsame **Konferenz der Taunus-Kurstätte** statt, um **gegen die Automobilrennbahn** im Taunus ein geschlossenes Vorgehen zu beschließen. Bis jetzt liegen von 31 Kurgemeinden scharfe Verwahrungen gegen die Anlage einer Automobilrennbahn vor.

H **München,** 17. Febr. **Ein Irrsinniger** hat in der fürchterlichsten Weise **gegen sich selbst gewütet.** Ein Friseur war infolge von Brandwunden, die er bei einer Spiritusexplosion erlitt, irrsinnig geworden, und mußte in die psychiatrische Klinik gebracht werden. Dort erlitt er wiederholt Tobsuchtsanfälle. Plötzlich begann er sich die Finger abzubeißen, als man ihn dabei überraschte, und daran hindern wollte, hatte der Unglückliche bereits drei Finger weggebissen.

⌘ **San Remo,** 17. Febr. Bei Ospaldaletti wurden **die Leichen eines Liebespaares** gefunden, das aus Berlin stammt und sich dort das Leben genommen hatte.

⌘ **Paris,** 17. Febr. Drei vermummte Männer überfielen bei der Bahnstation Breval den Signalwärter und fesselten ihn. Darauf **lockerten sie die Schienen, um** den herannahenden, in der Richtung nach Cherbourg fahrenden **Zug zur Entgleisung zu bringen.** Durch das Hinzukommen eines anderen Wärters, der dem Zuge entgegenlief, wurde eine Katastrophe verhindert. Die Täter sind entkommen.

⌘ **Lissabon,** 17. Febr. **An den Gräbern der Königsmörder** fanden gestern Demonstrationen von Tausenden von Personen statt, die ohne Zwischenfall verliefen.

H **Konstantinopel,** 17. Febr. Die auswärts verbreiteten Nachrichten von einer Verschlechterung der **Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei** werden in hiesigen maßgebenden Kreisen als sehr übertrieben hingestellt, es herrscht im Gegenteil in beiden Kabinetten die feste Absicht, dem Sultan die Annahme der Reformpläne der Mächte für Macedonien soweit dies irgend möglich ist, zu erleichtern.

Verantw. Redakteur: Fr. Meyer in Kamen.

Evangel. Arbeiter- und Bürgerverein Oberaden.

General-Versammlung
am Sonntag d. 23. Febr., nachm. 5 Uhr,
im Lokale des Wirts Husemann.

Tages-Ordnung:
1. Zahlung und Aufnahme.
2. Nachtrag zu den Satzungen.
3. Verschiedenes.

Es ladet freundlichst ein
197 **Der Vorstand.**

Ostern oder früher
Lehrmädchen
gesucht. 196
F. C. Mehrmann.

Bekanntmachung.

Der aufgestellte Bebauungsplan für die Gemeinde Bergkamen

wird hiermit förmlich festgestellt und liegt zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang bei dem Unterzeichneten offen.

Bergkamen, den 18. Februar 1908. 198

Der Gemeindevorsteher.

Schwächliche in der Entwicklung oder beim Lernen zurückbleibende **Kinder,** sowie **blutarme,** sich mattfühlende und **nervöse,** überarbeitete, leicht erregbare, frühzeitig erschöpfte **Erwachsene** gebrauchen als Kräftigungsmittel mit großem Erfolg **Bioglobin.**

Der Appetit erwacht, die geistigen und körperlichen Kräfte werden rasch gehoben, das Gesamt-Nervensystem gestärkt.

Man verlange jedoch ausdrücklich das **echte,** nach Patentverfahren hergestellte **Bioglobin** und lasse sich keine der vielen Nachahmungen aufreden.



193

Zuverlässig

wirken bei

Husten u. Heiserkeit

die **Eucalyptus-Menthol-Bonbons**
Paket **40** Pfg.
Knöterich-Bonbons
Paket **25** Pfg.
aus der Germania-Drogerie

Heinr. Jacobi, Kamen

und Filiale in **Bergkamen.**



Man sammle die **Gutscheine** wegen der **Gratisuhren, Ketten und Schirme.** t88

Gen.-Vertr.:

Basele & Storch, Düsseldorf.



Dr. Ad. Meier's Sanatorium
Bremen, Rotenburgerstr. 1.
Spezialität: Behandl. v. Hautkrankheiten
Lupus, äuss. Krebs,
Fressflechten, Hauttuberkulose, Fisteln, Hautgeschwülsten **ohne Operation** nach eigener langjährig erprobter Methode. Keine Bestrahlung. Wesentl. kürz. Kur. d1310t
Bei Bezugnahme auf dieses Blatt erhalten Sie Prospekte und ausführl. Broschüre kostenlos.

Rheumatismus
und Gichtleidenden teile ich gerne unentgeltlich brieflich mit wie ich von meinem qualvollen, hartnäckigen Leiden vollständig geheilt wurde. h270
Karl Bader, München,
Kurfürstenstr. 40 a.



ist das **Beste Stärkemittel.**
Ueberall vorrätig in Packeten à 10, 20, 50 Pfg.
H. Mack (Fabr. v. Mack's Doppel-Stärke) Ulm.

Gold. u. silb. Medaille Paris 1900
Für Magere und Schwache!
Blühendes Aussehen, schnelle Körpergewichtszunahme, volle Figur bewirken die bewährten **Pohl's Herkules-Nähr- und Kraft-Desserts,** sind nervenstärkend, blut-, fett- und knochenbildend, regen den Appetit an, für den Magen außerordentlich leicht verdaulich für Erwachsene u. Kinder. In einer Woche schon bis 6 Pfund Zunahme. Garant. völlig unschädlich. Viele Dankschreiben. Karton Mk. 4.60 franko. 2 Kartons Mk. 11. Franko p. Nachnahme.
Georg Pohl, Versandhaus „Georheta", Berlin, Hohenstaufenstr. 69

Bekanntmachung.

Die Anmeldung der schulpflichtigen Kinder und zwar derjenigen, welche bis zum **30. September d. Js.** 6 Jahre alt werden und derjenigen, welche im vorigen Jahr zurückgestellt sind, hat bei den zuständigen Herren Rektoren Steube, Siegler und Rühberg im Konferenzzimmer der betr. Schulen am **Montag, den 24. Februar und Dienstag, den 25. Februar ds. Jrs.** von nachmittags 2—4 Uhr zu erfolgen.

Der Bürgermeister: v. Basse.

Bekanntmachung.

Die aus **Rußland, Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern** stammenden, hier beschäftigten Arbeiter werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß sie unter Vorlegung ihrer Heimatspapiere die Ausstellung der durch Erlaß des Herrn Ministers des Innern vom 21. Dez. 1907 — II b 5675 — vorgeschriebenen Inlandsausweispapiere — Arbeiter-Legitimationskarten — auf dem hiesigen Einwohner-Meldeamte, Zimmer 3 des Rathauses, beantragen können.

Als Endtermin zur Beschaffung der Karten ist der 15. März ds. Js. festgesetzt.

Kamen, den 5. Februar 1908.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Bekanntmachung,

betr. Maß- und Gewichtsrevision.

Die diesjährige technische Maß- und Gewichtsrevision im hiesigen Stadtbezirk wird am 23., 24., 26., 27., 28. und 30. März ds. Js. zur Ausführung gelangen, was hierdurch zur öffentlichen Kenntnis der Gewerbetreibenden gebracht wird mit dem Bemerken, daß bei etwa sich ergebenden Mängeln Bestrafung erfolgen und auf Einziehung der unrichtigen Gewichte pp. erkannt werden wird. Wagen, Maße, Gewichte pp., deren Richtigkeit zweifelhaft erscheint, sind daher zuvor zur eichamtlichen Prüfung zu bringen.

Kamen i. W.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Versicherungen

gegen

Einbruchs-Diebstahl

übernimmt die

Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

zu

mäßigen Prämiensätzen

und

coulanten Bedingungen.

Nähere Auskunft erteilt die Agentur

Fr. Meyer, Kamen,

Westfstraße 21.





h1684

Holz-Verkauf
Weddinghofen.

Dienstag den 18. ds. Mts., morgens 10 Uhr,

läßt Herr Ostendorf gent. Dickmann im Forstdistrikt **Nordberg** in der Nähe von Dunker:

50 St. Fichten zu Leichtbauholz, Frechtungen u. Baumpfählen,
120 St. Kiefernstangen zu Frechtungen und Brandholz,
3000 St. Bohnenstangen

nummerweise meistbietend verkaufen.

Versammlung bei Wirt Dickmann resp. an Ort und Stelle.

Töddinghausen, den 10. Februar 1908.

173i **Blödom.**



d1418

LIEBIG'S
FLEISCH-EXTRACT

Seit über 40 Jahren unerreicht.

230



Nur echte
Henkel's
Bleich-Soda
Garantirt chlorfrei
gibt u. hält blendend weisse Wäsche

150a

Holz-Verkauf
Oberaden.

Montag den 24. d. Mts., morgens 10 Uhr,

wird Herr Karl Keinemann in Oberaden in seiner Waldung beim Hofe:

cirka 60 Rm. junge Buchen und **20 Rm. Eichen,** zu Gruben-, Geschirr-, Frechtungs- u. Brennholz tauglich,

öffentlich meistbietend zum Verkaufe aussetzen lassen.

Zusammenkunft auf dem Hofe.

Heil. 195

Brüggemann.

50 gebrauchte
Fahrräder
(teilweise wie neu)
2 Motorräder
(tadellos funktionierend)
verkauft billigst 176?
A. Karrenberg,
Kamen,
Fahrradhandlung u. Reparaturwerkstatt.

194 **Eine**
Wohnung
zum 1. April oder 1. Mai von 4 Zimmern nebst Ladenzimmer geteilt oder im ganzen zu vermieten. Gartenland dabei.
Joh. Stöckel,
Kamen, Roonstr. Nr. 6.



2684

50 Mark Wochenlohn
oder
50 bis 60% Provision
erhält Jeder, der den Verkauf meiner prachtvollen Luxuswaren, sowie weltberühmten Schilder übernimmt. Vertretung wird auch als Neben-Beschäftigung übergeben. Branchekenntnis ist nicht erforderlich. Es versäume daher Niemand Original-Muster und Katalog zu verlangen durch h10024
L. Klöckner,
Erbach (Westerwald).

Hülsenfrüchte
bester Qualität
empfiehlt
J. Brombach.

Die besten **Eierleger**
sind unsere ital. Hühner. Millionen gelief. Ca. 4 Monat alte M. 1.75, bald legende M. 2.20, legreife M. 3.—, bei 10 St. 1 Freihuhn. Garantie leb. Ankunft. Katalog frei üb. sämtl. Zuchtgeflügel, tragb. Geflügelhäuser, Zuchtgeräte 2c. h8084
Geflügelpark i. Auerbach 25 Hess.

Wichtig für Damen!
Besonders günstige Gelegenheit bietet sich den geehrten Damen beim Einkauf von
Stickereien
und **Festons.** Ich versende an Private Madopolamstickerei auf Doppelstoff Meter 10 ₰, für Beinkleider u. Nachtjacken Meter 15 u. 20 ₰, Rockstickerei Meter 30 und 40 ₰, bunte Stickereien Meter 15 u. 20 ₰, Wäschebändchen, grosse Auswahl, 10 Meter 20 ₰, Hemdenpassen (Handarbeit) Stück ℳ 1.10, Klöppeleken (Handklöppelei) 68 ₰, Kisseneinsätze: „Schlafe wohl", „Träume süss" 20 ₰, Klöppelspitzen Meter 20 ₰, Muster versendet umgehend und franko das t9259
Stickerei-Versand-Haus
A. Seider, Danzig.

+Magenleidende+
erhalten gern kostenlos Ausk. u. e. Getränk, w. seit 17 Jahren Unzählbare v. langjähr. Leiden befreite. Ca. 3000 freiw. Anerkennungen. **R. Uphoff, Hannover, Siebstr. 7.** m361

Druck u. Verlag von C. Mau in Hörde

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfennig, die Reklamezeile oder deren Raum 35 Pfennig.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" dreimal wöchentlich. — Freiwillige Unfall-Unterstützung.

Nr. 21. Dienstag den 18. Februar 1908. 36. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Der Verlag der Kamener Zeitung

hat eine freiwillige kostenlose

Unfall-Unterstützung

eingerichtet, aus der den Hinterbliebenen verunglückter Abonnenten eine Unterstützung von

300 Mark

gewährt werden kann. Die Grundsätze nach denen sich der Verlag bei dem Zuerkennen der Unterstützung richtet, sind durch die Kamener Zeitung veröffentlicht und können auch jederzeit in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Harden und sein Prozess.

Zum ersten Male nach seiner schweren Erkrankung während des zweiten Prozesses hat Maximilian Harden wieder in seiner „Zukunft" das Wort ergriffen, und zwar, wie ja so nahe lag, eben über diesen Prozeß. Ein stolzes Motto hat er sich gewählt, die Worte nämlich, die Jakob Grimm schrieb, als ihn König Ernst August unter den Göttinger Sieben seiner Professur entkleidet hatte. „Weder nach Beifall," so heißt es darin, „gelüstet hat mir noch vor Tadel gebangt, als ich so handelte, wie ich mußte — — und ich bin keiner so weichlichen Gesinnung, daß ich mein Recht unverteidigt preisgeben und von allen in das Kreuz oder die Quere laufenden Tagesmeinungen verdrehen lassen möchte." In lichtvoller Klarheit legt er dann, sich auf die bekannten Kriminalisten Blinding, Frank, Hamm, Kahl, Kohler, Kronecker, Liszt, Wach u. a. stützend, dar, wie das neue Verfahren gegen ihn unzulässig und gesetzwidrig gewesen sei und wie dies sogar Widersprüche im Erkenntnis selber beweisen. Dann wendet er sich zu dem Fürsten Eulenburg.

„Noch ein anderes kommt hinzu. Fürst Philipp zu Eulenburg, lasen wir, hat gegen Herrn Harden und dessen Verteidiger, Justizrat Bernstein, Strafantrag gestellt und die Staatsanwaltschaft hat die Verfolgung übernommen. Noch im November lasen wir's. Das Publikum sagt sich: „Der Fürst klagt, ist seiner Sache also ganz sicher und kann seine Unschuld erweisen." Der bedrohte Justizrat: „Hier in Berlin klagt man den Verteidiger an, der in Erfüllung seiner Pflicht ein hartes Wort spricht? Da muß ich im nächsten Prozeß höllisch vorsichtig und höflich sein; sonst bekomme ich wieder eine Anklage und kann meine große Praxis nicht mehr versorgen." Der Angeklagte: „Der Prozeß des Grafen Moltke, (den ich in den inkriminierten Artikeln ja auch nicht mit einer Silbe beleidigt habe) ist also nur ein Vorgefecht, ein Geplänkel; die Hauptsache kommt erst, wenn über die Liebenberger Anklage verhandelt wird." Im November, Dezember, Januar werden über das Strafverfahren in Sachen Eulenburg wider Bernstein und Harden Notizen veröffentlicht, deren Richtigkeit niemand anzweifeln darf. Am elften Februar habe ich noch keine Anklage erhalten. Aber das Ziel ist schon im November erreicht; schon im Nebelmonat der Glaube geschaffen, Fürst Eulenburg werde mühelos seine Unschuld erweisen."

Harden geht dann auf den Eid ein, den Fürst Eulenburg im Brand-Prozeß geschworen, und erinnert daran, daß dieser bei der Vernehmung den Fürsten Bülow seinen Freund genant habe, indes der Kanzler, zugleich der Möglichkeit ausbiegend, den Herrn von Liebenberg nach langer Trennung und schwerer Krankheit im Gerichtshause zu sehen, nur erklärte, er kenne den Fürsten Eulenburg sehr genau, habe in den letzten Jahren Ungünstiges über ihn gehört, aber nicht zu beweisen vermocht. Zum Schluß zitiert Harden die Worte, die Karl Binding, der angesehenste Lehrer des deutschen Strafrechts, über den Hardenprozeß veröffentlicht hat.

. . . . Binding sagt, die Strafkammer, die auf Verlangen der Staatsanwaltschaft bereit sei, „ein erstes Urteil einfach in die Luft zu blasen", vollziehe einen „Akt der Verstümmelung der Justiz durch die Justiz"; er nennt das zweite Verfahren wider Harden „nichtig" und erklärt, das Reichsgericht müsse „dieses ganze zweite Erstinstanz-Verfahren als nichtig aufheben; seine Kosten, einschließlich der notwendigen Auslagen für den Nebenkläger wie den Angeklagten, sind der Staatskasse zur Last zu legen". Nur durch eine wirksame Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß vom 12. November könne das Verfahren, dessen zweiten Teil das Reichsgericht zu kassieren habe, in die zuständige Berufungsinstanz zurückgeleitet werden. Und er schließt mit den Worten: „Von welchem Punkt aus man auch immer die Konsequenzen der reichsgerichtlichen Erkenntnisse" (von denen übrigens kein einziges als Präjudizium für den Prozeß Harden bindend ist) „ziehen mag: stets treiben sie die Praxis in eine Sackgasse übelster Art. Das einzige Heilmittel ist vorbehaltlose Umkehr. Jedes Gericht kann irren. Die Größe eines Gerichtes, das geirrt hat, zeigt sich in der ruhigen Anerkennung auch seiner Fehlbarkeit."

„So wars," schließt Harden, „im November vorausgesagt und danach die Strategie bestimmt worden, Das war ein Fehler; vielleicht drängte, außer politischem Wunsch, zu diesem (als schädlich erwiesenen) Entschluß schon die Krankheit, die mich noch heute lähmt, heute noch hindert, den Prozeßbericht zu enden."

Braunschweigische Sorgen.

Mit dem Herzog-Regenten Johann Albrecht ist ein neues Leben in Braunschweig eingezogen. Prinz Albrecht von Preußen, der frühere Regent, liebte die Zurückgezogenheit mehr, als den Braunschweigern, die von ihrem Hof doch auch etwas erleben wollen, lieb war. Die neue Regentschaft hat ihnen aber schon manche Freude bereitet. Das Herzogpaar pflegt das Theater, der Herzog die Kriegervereine, Feuerwehr, Turner u. a., und das Braunschweigische Husarenregiment hat, wie dem B. T. aus Braunschweig geschrieben wird, die Aussicht, statt der schwarzweißen Fähnchen blaugelbe an die Lanzen zu bekommen. Nun werden aber auch die Wermutstropfen aufgezählt, die von oben in den Freudenbecher der Braunschweiger fallen. Das Regentenpaar lädt niemanden zu Hoffestlichkeiten ein, der nicht in „französischem Hofkleide" erscheint. In Berlin ist dieses Kostüm denjenigen bei Hoffesten freigestellt, die mangels einer Uniform im Frack kommen müssen. Am Hofe zu Braunschweig ist aber der Frack verpönt. Die Frau Herzogin wünscht auf den Hofbällen aber gar, daß sich die Damen nicht in weißen Lederschuhen, sondern in weißen Atlasschuhen präsentieren. Nun hat der Herzog aber die größte Sorge auf die Geistlichen des Landes gehäuft. Er hat einen Schwarm für den „Luther-Rock". Selbstverständlich kann der Herzog den Geistlichen nicht die Mode für ihren Rock zu Hause, auf der Straße und in der Gesellschaft vorschreiben. Aber man möchte sich doch gern den Wünschen des Landesherrn anpassen und kann doch wiederum nicht gut mit der noch brauchbaren oder vielleicht auch noch neuen Garderobe aufräumen. Sind das keine Sorgen!? — Schließlich wird noch mitgeteilt, daß der neue Hofprediger dem Amt seinen Schnurrbart opfern mußte. Auch das noch! — Der Enthusiasmus der Braunschweiger für ihren Regenten hat also seine Dämpfer . . . . .

Zum Friedberg-Krach.

Der Kriminalkommissar Müller hat ein offenes Telegramm an Sigmund Friedberg nach London gerichtet, in der er ihn auffordert, umgehend zurückzukommen. Es heißt in dem Telegramm am Schluß wörtlich: „Sie wissen, gegen welche Strafbestimmungen Sie sich vergangen haben. Einen Anhalt finden Sie, wenn Sie von der Verhaftung Ihres Syndikus lesen. Jetzt ist der Moment gekommen, wonach Ihrem Verhalten später das Gericht mildernde Umstände zubilligen wird oder nicht. Sie können jetzt wesentliche Dienste leisten und an Ort und Stelle zur Aufklärung beitragen." Es ist in den letzten Vernehmungen festgestellt, daß Friedberg und Bohn einer Erpresserbande in die Hände gefallen sind und dieser Umstand zu dem Zusammmenbruch beigetragen hat.

Die frühere Geliebte des Bohn, die Kontoristin Isabella Scheybal, der Bohn ein Konfitürengeschäft in der Maßenstraße eingerichtet hatte, ist mit ihrer Mutter wegen Beihilfe zum Bankerott, Erpressung und Kuppelei am Freitag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Beide — Mutter und Tochter — bestreiten eine Verbindung mit Friedberg und Bohn in den letzten Jahren, werden aber durch Briefe Bohns, sowie durch ihr Auftreten in den feinsten Weinstuben Lügen gestraft. Sicheren Nachrichten zufolge ist Friedberg in London ohne jegliche Geldmittel, er befindet sich nicht mehr im Kaiserhotel, wo er nach der Ankunft abgestiegen war, sondern sucht voller Verzweiflung bald hier, bald dort Unterkommen.

Die Anzeigen von geschädigten Personen, die Freitag einliefen, sind zahlreicher als die früheren. Darunter befinden sich solche über Beträge von 100 000, 81 000, 55 000 Mark bis herunter zu kleinen Summen. Den Leuten sollten Aktien eines Kupferbergwerks in Tirol angeschmiert werden, das vor etwa acht Tagen seine Zahlungen eingestellt hat. Die Aktien sind aber auch nicht auffindbar. — Die beiden Scheybal, Mutter und Tochter, befanden sich nachgewiesenermaßen im Besitz von Kostbarkeiten, die aber rechtzeitig beiseite geschafft wurden. So hatte ein Töpfermeister R. aus Steglitz von Isabella Brillantringe gekauft, die er aber wieder herausgeben mußte, da wegen der geleisteten oder nichtgeleisteten Zahlung noch Unklarheit herrscht. Weitere Vernehmungen finden noch statt. Vielleicht stehen auch noch Festnahmen aus den Verwandtenkreisen Bohns bevor, weil der Verdacht vorliegt, daß Begünstigung und Beihilfe zur Flucht geleistet wurde.

Aus aller Welt.

— **Die Hochzeit im reußischen Fürstenhause.** Die Vorbereitungen zu der am 1. März auf Schloß Oberstein bei Gera stattfindenden Vermählung des Fürsten Ferdinand I. von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore Reuß j. L. sind, wie die N. G. C. mitteilt, bereits im vollem Gange. Fürst Ferdinand wird sich mit großem Gefolge zu seinem Hochzeitstage nach Deutschland begeben. Vom neuernannten bulgarischen Kabinett werden, als Vertreter der bulgarischen Regierung, der Ministerpräsident Malinow und der Justizminister Krastow, der zugleich der Standesbeamte des fürstlichen Hauses ist, ihren Herrscher begleiten. Als Repräsentant der Volksvertretung wird Dobri Petkow anwesend sein. Im Gefolge des Fürsten wird sich voraussichtlich, außer dem Generaladjutanten Markow, dem Kabinettschef Dobrowitsch, dem Privatsekretär Geheimrat von Fleischmann, dem Flügeladjutanten Oberstleutnant Stojanow, Ordonnanzoffizieren usw. auch der bisherige Minister des Auswärtigen Dr. Stanciow befinden, der für diese Gelegenheit als „Oberhofmarschall ad hoc" fungieren dürfte. Selbstverständlich wird auch der diplomatische Vertreter Bulgariens an den Höfen von Berlin und Koburg, Generalmajor Nikyphorow, der Vermählung beiwohnten. — Prinzessin Eleonore Reuß, die Braut des Fürsten Ferdinand, betreibt bereits mit Eifer das Studium ihrer künftigen Landessprache. Der Fürst hat ein Fräulein Hakanow, eine bekannte Sprachlehrerin, aus Sofia zu ihr entsandt, die ihr täglich Unterricht im Bulgarischen erteilt.

— **Ein Nachtrag** zum Hardenprozeß. Der „Morgen", ein neues Wochenblatt, das sich bei dem Publikum nicht besser einzuführen geglaubt hat, als indem es den Herrn Harden mit allen möglichen, selbst mit den bedenklichsten Mitteln zu verteidigen suchte, sieht sich jetzt genötigt, eine grobe Verdächtigung des Grafen Kuno Moltke zurückzunehmen. Die Schriftleitung bringt in der neuesten Nummer des „Morgen" folgende Erklärung:

„In dem nichtpolitischen Teil der Nr. 17 unserer Zeitschrift „Der Morgen" von 1907 haben wir die Behauptung mitgeteilt, der Graf Kuno v. Moltke habe mit einem Homosexuellen, Namens Axel Petersen, zu tun gehabt; dieser, Moltkes Freund, sei wegen der hochstehenden Persönlichkeiten drohenden Gefahren ausgewiesen und habe dann von Graf Moltke mehrere tausend Mark erpreßt. Wir erfüllen gern die Pflicht, angesichts der vollen und zweifelsfreien Aufklärung, welche der Prozeß wider Harden gebracht hat, an derselben Stelle des „Morgen" zu erklären, daß diese uns von dritter — wie auch wir inzwischen festgestellt haben unglaubwürdiger — Seite zugetragenen Angaben von Anfang bis Ende unwahr sind, und wir bedauern, diesen unwahren Angaben gutgläubig in unserem Blatt Aufnahme gewährt zu haben.

— **Zum Fall Moschel.** Die Voruntersuchung gegen den Schutzmann Ulrich Schauer, der bekanntlich gelegentlich eines nächtlichen Renkonters im Dezember vorigen Jahres in der Schellingstraße in München den Studenten Fritz Moschel aus Lambsheim erschossen hat, wird, wie die „Allg. Ztg." meldet, bereits in der allernächsten Zeit abgeschlossen werden können. Ob der Staatsanwalt gegen den Schutzmann Anklage erheben wird, ist noch nicht sicher, da die Bekundungen insbesondere der Tatzeugen sehr auseinandergehen.

— **Rehabilitierung Carusos.** Aus Newyork wird telegraphiert: Mrs. Hannah Stanhope, die seinerzeit Caruso der Attacke vor dem Affenhause beschuldigt hatte, aber nicht vor Gericht erschienen war, ist am Dienstag früh in Begleitung ihrer Halbschwester Mrs. Mary Graham von einem Polizisten sistiert worden, weil sie und ihre Begleiterin sich im Zustand — arger Betrunkenheit und „Unordnung" befanden. Jede der Damen wurde mit einem Cent Strafe belegt. Danach scheint es, als ob die Mistreß auch vor dem Affenhause vielleicht nicht von Caruso, sondern vom Alkohol angegriffen war.

— **Ein Ueberfall** auf den Privatsekretär des Großfürsten Nikolaus ist, einer telegraphischen Meldung der Frankft. Ztg. aus Petersburg zufolge, dort verübt worden. Der Sekretär, ein Dr. Russanow, wurde auf offener Straße durch Messerstiche schwer verwundet aufgefunden. Er war von zwei Unbekannten überfallen worden. Die Nachforschungen der Polizei sind einstweilen erfolglos.

— **Ein eigenartiger Fall** von Kindesaussetzung wird aus Rummelsburg in Pommern gemeldet. Vor einigen Tagen erhielt ein dortiger Ackerbürger einen Brief, in dem ihm angezeigt wurde, daß die Braut seines Sohnes ihre zukünftigen Schwiegereltern besuchen wolle. Gleichzeitig bat diese, daß man sie vom Bahnhof mit einem Fuhrwerk abholen möge. Pünktlich war der Wagen zur Stelle. Dem einlaufenden Zuge entstieg eine elegant gekleidete junge Dame, die sich als die erwartete Braut vorstellte. Schnell wurden ein Koffer und eine große Kiste, das Reisegepäck der Dame, auf das Fuhrwerk gebracht. Die Braut eilte aber noch einmal zum Zuge zurück, unter dem Vorgeben; noch etwas aus dem Coupee zu holen. Inzwischen hatte der Zug die Station wieder verlassen, aber von der angeblichen Braut war nichts mehr zu sehen. Der zukünftige Schwiegervater fuhr mißvergnügt nach Hause, in der Absicht, zu einem späteren Zuge wiederzukommen, weil er glaubte, das junge Mädchen sei nicht schnell genug aus dem Abteil herausgekommen und habe wider Willen die Weiterfahrt antreten müssen. Unterwegs hörte nun der Ackerbürger plötzlich eigentümliche Laute aus der Kiste hervordringen. Er öffnete sie und fand darin zu seinem nicht geringen Erstaunen ein etwa 6 Wochen altes Kind. Das kleine Wesen wurde zur Polizei gebracht, die es vorläufig in Pflege gegeben hat. Die Nachforschungen nach der Mutter des Kindes sind bis jetzt resultatlos verlaufen.

*

Mutter und Sohn vergiftet.

Ein rätselhaftes Familiendrama spielte sich in Berlin im Hause Linienstraße 6a ab. Dort wohnten im Erdgeschoß hofwärts die 86jährige Kaufmannswitwe Flora Westphal mit ihrem 67 Jahre alten Sohn Gustav Adolf, der früher Handlungsgehilfe war, in einer Stube mit Küche. Beide waren Sonderlinge und unterhielten keinen Verkehr mit den Hausgenossen. Sie lebten von Armenunterstützung und einer Beihilfe, die ihnen ein Schwiegersohn der Frau W., ein Kaufmann M. aus Rixdorf, zukommen ließ. Als am Donnerstag die Tochter in die Wohnung der W. kam, fand sie die Mutter entseelt im Bette liegen, den Sohn auf dem Fußboden. Auf dem Tisch stand ein Flasche mit einem Rest von Lysol. Die Tat ist nach einem ärztlichen Gutachten schon vor zwei Tagen geschehen. Die Ursache ist unbekannt.

*

— **Blutige Unruhen** sind in Bombay, der Hauptstadt der gleichnamigen Präsidentschaft des britisch-indischen Kaiserreiches, ausgebrochen.

Anläßlich des Moharrem-Festes entstanden Donnerstag abend zwischen den mohammedanischen Richtungen der Sunniten und Schiiten Streitigkeiten. Es scheint, daß die Polizei am Nachmittag mehrere Mitglieder der Sunniten verhaftete, deren Freilassung der Pöbel verlangte. Als diese verweigert wurde, schleuderte die Volksmenge Steine gegen die Polizei, wodurch zwei Polizeibeamte ernstliche Verwundungen erlitten. Der Polizeikommissar und andere europäische Offiziere machten daraufhin von den Schußwaffen Gebrauch und töteten fünf Personen und verwundeten mehrere. Auch Militär wurde aufgeboten. Die Ruhe wurde schließlich wiederhergestellt.

Zur Lage in Marokko.

Die spanische Regierung hat sich nunmehr doch entschlossen, es Frankreich, soweit es eben die spanischen Mittel erlauben, gleich zu tun. Aus Melilla, der spanischen Besitzung an der Nordostküste Marokkos, haben sich auf Befehl des Gouverneurs, Generals Murina, am Freitag spanische Truppen nach dem unweit von Melilla ostwärts gelegenen Mar Chica eingeschifft und dieses nach kurzem Gefecht mit Eingeborenen besetzt. Eine Note des Ministers des Aeußern bemerkt zu der Besetzung von Mar Chica, daß dies nur eine provisorische Maßnahme bedeute, die bereits in Aussicht genommen worden sei, seit die vom Machsen im Stich gelassene scherifische Mahalla sich nach Melilla geflüchtet hatte. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme sei übrigens von ihm schon in der Kammersitzung vom 29. Januar betont worden. Also auch nur „provisorisch" pflanzt Spanien seine Fahnen in Mar Chica auf, genau so wie Frankreich in Udschda und Casablanca. Böse Beispiele verderben gute Sitten. Jedenfalls dient diese Okkupation von Mar Chica dem Frieden nicht. Aus Melilla wird telegraphisch nach Madrid gemeldet, daß unter den Eingeborenen der Umgebung lebhafte Erregung herrsche.

Die marokkanische Staatsbank

hat einmütig zugestimmt, daß El Mokri der von ihm verlangte Vorschuß von 2½ Millionen Francs gewährt werde, der ausschließlich zur Auszahlung des Soldes an die marokkanischen Garnisonen in den Häfen bestimmt ist. Dieser Beschluß ist gefaßt worden mit Rücksicht auf die Interessen der Fremden, die unter etwaigen lokalen Unruhen leiden könnten, falls die scherifischen Truppen keine Soldzahlung erhielten. Die Staatsbank sorgt für die europäischen Interessen in Marokko, die sie zu vertreten hat, und hält es für ihre Pflicht, jeder Gefahr vorzubeugen. Der Beschluß der Bank kann von der französischen Regierung, die mit Spanien den Auftrag erhalten hat, für die Sicherheit in den marokkanischen Häfen zu sorgen, nur mit Genugtuung begrüßt werden.

Deutschland.

— **(Das Vereinsgesetz.)** In der Kommission des Reichstages für das Vereinsgesetz wurde Freitag zunächst die Abstimmung über § 4 und die dazu vorliegenden Anträge vorgenommen. Die Abstimmung ergab in der Hauptsache folgende Fassung dieses Paragraphen:

„Soll eine öffentliche Versammlung (§ 3 Abs. 1) unter freiem Himmel abgehalten werden, so ist dies in der Anzeige oder in der dieselbe vertretenden öffentlichen Bekanntmachung ausdrücklich hervorzuheben. Versammlungen, welche auf öffentlichen Plätzen und Straßen, in Städten und Ortschaften stattfinden sollen, sowie öffentliche Aufzüge in Städten und Ortschaften bedürfen der Genehmigung der Polizeibehörde. Die Genehmigung ist schriftlich zu erteilen. Die Genehmigung ist von dem Veranstalter mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung oder des Aufzuges unter Angabe des Ortes und der Zeit nachzusuchen. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn von der Abhaltung der Versammlung oder der Veranstaltung des Aufzugs eine Gefährdung des öffentlichen Verkehrs zu befürchten ist. Oeffentliche Versammlungen in einem mit dem Versammlungslokal zusammenhängenden eingefriedigten Hof oder Garten gelten nicht als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel. Ueber die Verweigerung der Genehmigung ist dem Veranstalter sofort eine kostenfreie Bescheinigung mit Angabe der Gründe zu erteilen."

Der nächste Paragraph lautet nach einem konservativen Antrage, der einstimmig angenommen wurde: „Der Veranstalter ist berechtigt, die Leitung selbst zu übernehmen, sie einem andern zu übertragen oder die Wahl des Leiters durch die Versammlung zu veranlassen." Der § 6 bleibt unverändert, der Sprachenparagraph 7 wird einstweilen zurückgestellt. Die weitere Beratung wurde darauf vertagt.

— **(Kein Ausbau der Erbschaftssteuer?)** Die „Weser-Ztg." berichtet, daß der Reichskanzler in der vergangenen Woche aufs neue Besprechungen mit den Finanzministern der Bundesstaaten gehabt habe und daß die sämtlichen Minister einen Ausbau der Reichserbschaftssteuer abgelehnt hätten. Die „Deutsche Tagesztg." aber will es besser wissen, sie schreibt: An dieser Meldung ist zweierlei unrichtig. Der Reichskanzler hat nur mit einigen Finanzministern in voriger Woche Rücksprache genommen, vielleicht sogar lediglich mit einem. Daß aber sämtliche Minister den Ausbau der Reichserbschaftssteuer abgelehnt hätten, ist vollkommen irrig. Dieser Ausbau ist weder vom Kanzler noch von Preußen angeregt und vertreten worden, sondern in erster Linie von Bayern. Bayern ist aber mit dieser Anregung bei vielen einzelstaatlichen Finanzverwaltungen nicht auf Gegenliebe gestoßen. An den maßgebenden Stellen des Reiches und Preußens hat man den Gedanken des sogenannten Ausbaues der Erbschaftssteuer schon deswegen fallen lassen, weil man sich dem Gewichte der Gründe nicht entziehen kann, die die rechtsstehenden Parteien veranlaßt haben und veranlassen werden, dem Plane der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. — Also mit der Erweiterung der Erbschaftssteuer ist es nichts. Wenigstens für jetzt. Wie aber, wenn sich kein Ersatz dafür finden sollte? Not lehrt beten, und wenn den Einzelstaaten die Matrikularbeiträge über den Kopf wachsen, werden sie sich bequemen und nehmen, was ihnen geboten wird. Auch die rechtsstehenden Parteien dürften sich, wenn ihnen einige Zugeständnisse gemacht werden, mit dem jedenfalls einen reichen Ertrag versprechenden und am wenigsten drückenden Erbschaftssteuerausbau befreunden.

— **(Verschärfte Beleidigungsstrafen.)** Im Justizministerium schweben, wie von verschiedenen Seiten gemeldet wird, zurzeit Erwägungen über Abänderungen der Strafbestimmungen für Beleidigungen, die ihren Ursprung in den Erscheinungen des Harden-Prozesses haben. Nach der „Rhein.-Westf. Ztg." ist geplant, auch die Behauptungen an sich wahrer Tatsachen, die geeignet sind, die Ehre eines anderen zu verletzen, unter Strafe zu stellen, sofern der Beleidiger nicht ein Interesse an der Feststellung jener Tatsachen hatte. Eine derartige Abänderung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches würde die Führung des Wahrheitsbeweises ausschließen.

— **(Der Fall Grandinger.)** Der Münchener Korrespondent des „B. T." ist von dem Landtagsabgeordneten Pfarrer Grandinger zu folgender Erklärung ermächtigt worden: „Die Blättermeldungen, Pfarrer Grandinger habe ein Verbot des Erzbischofs von Bamberg, in der Schulfragen mit der liberalen Partei zusammenzugehen, erhalten, ist völlig aus der Luft gegriffen".

— **Eine neue Seekriegswaffe.** Die drei Ingenieure Weidemann, Hamann und Freise in Mülheim an der Ruhr, welche die aufsehenerregende Seekriegswaffe erfunden haben, die in Form eines Bootes aus der Ferne mittels Umschalte-Systems dirigiert und entladen werden kann, wurden vom Marineamt aufgefordert, die Waffe in Kiel praktisch einer Kommission der Marineverwaltung vorzuführen. Die Erfinder sind bereits nach Kiel abgereist.

— **(Fürsorge-Zöglinge.)** Im Rechnungsjahr 1906 (1. April 1906 bis 31. März 1907) betrug nach dem soeben erschienenen Bericht die Zahl der der Fürsorgeerziehung Ueberwiesenen im preußischen Staate 6923, d. h. 287 mehr als im Vorjahre. Davon waren 66,3 v. H. männlich, 33,7 v. H. weiblich; 185 unter 6, 2045 6 bis 12, 4693 12 bis 18 Jahre alt. Bei drei Vierteln aller Zöglinge erfolgte die Ueberweisung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens. Die Zahl der Zöglinge aus den Großstädten hat wieder zu-, die der Zöglinge aus den kleineren Orten abgenommen. Die beiden christlichen Bekenntnisse sind daran entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil beteiligt. Eine große Rolle spielen für die Fürsorgeerziehung Kinder von gerichtlich bestraften und von Orts- und Landarmen.

— **Ein Staatsanwalt über die Rechtsprechung.** Aus Dresden wird geschrieben: Im Gemeinnützigen Verein hielt der Dresdener Staatsanwalt Dr. Wulffen einen Vortrag, der geeignet ist, seiner freien und vornehmen Tendenz wegen Aufsehen zu erregen. Der Redner führte u. a. folgendes aus: Bei unserem Strafprozeß vermisse man zu sehr das Gemüt. Mit Sentimentalität habe das nichts zu tun. Aber das nur Logisch-Juristische des römischen Rechts habe die Weiterentwicklung des deutschen, das tiefer im Gemüt des Volkes wurzelte, sehr beeinträchtigt. Heute entbehren wir völlig des ethischen Moments in unserem Recht. Unsere Strafgesetzgeber ringen mit dem Stoff und der Form. Es dürfe nicht handwerksmäßig verfahren werden. Weder künstlich empfunden sei es, noch entspreche es den Anforderungen des Gemüts, wenn jemand, der eine Sparbüchse erbricht, um sich zur Linderung seiner Not eine Mark herauszunehmen, mit drei Monaten Gefängnis bestraft wird, während der Leichtsinnige, der die ganze Büchse mit 20 Mk. stehle und das Geld verprasse, nur 14 Tage Gefängnis zu erwarten habe. Das Gleiche gelte für die Bestrafung eines Diebstahls im Rückfalle, auch wenn es sich nur um 50 Pfg. handele, mit Zuchthaus, oder wenn ein zwölfjähriges Kind, das sich eine gestohlene Kindertrompete schenken läßt, wegen Hehlerei bestraft werde. Die vom Gesetzgeber ausgeworfenen Mindeststrafen erwiesen sich in den weitaus meisten Fällen als zu hoch. Strafmilderung sei ein Zeichen steigender Kultur. Nicht künstlerisch wirke es, wenn der Gendarm mit „Herr", die Dame von Stand mit „gnädige Frau", der Arbeiter und das Dienstmädchen aber mit „Zeuge Müller" oder „Zeugin Lehmann" angeredet würden, oder wenn einem Angeklagten in öffentlicher Verhandlung eine jahrelang zurückliegende Straftat vorgehalten werde. — Unter dem feinen Deckwort „nicht künstlerisch" kritisiert Dr. Wulffen hier, wie man sieht, sehr scharf schwere Mängel unserer Rechtspflege. Der Redner zeigt sich auch als ein Freund der Geschworenengerichte, deren Wahrsprüche sich immer mehr dem wirklichen Volksempfinden näherten, wodurch sie sich heute schon vor den Urteilen des Strafrichters auszeichnen.

Ausland.

Frankreich.

— **Ueber eine neue französische Mitrailleuse** wird berichtet: In Gegenwart einer Kommission von Artillerieoffizieren und Armeekontrolleuren fanden in St. Etienne Versuche mit einer neuen Mitrailleuse statt, welche zur allgemeinen Befriedigung verliefen. Das neue Geschütz gestattet 650 Schüsse in der Minute. Die Schießvorrichtungen sind äußerst einfach. Das Laden der Geschütze erfolgt in Reihen von 25 Geschossen. Besonders hervorzuheben ist, daß der Erfinder die Frage der Ueberhitzung vollständig gelöst hat. Die anwesenden Offiziere erklärten das neue Geschütz für ausgezeichnet.

England.

— **(Austausch der Flottenprogramme.)** Im englischen Unterhaus erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, daß die englische Regierung bereit sein würde, den Mächten, die ebenso verfahren würden, jährlich mitzuteilen, was für Schiffe sie zu bauen beabsichtige und welche Kosten damit verbunden wären. Die Erklärung hätte die Annahme zur Grundlage, daß tatsächlich, wenn auch nicht in der Theorie, die Flottenprogramme der Großmächte bis zu einem gewissen Grade voneinander abhängig wären.

Australien.

— **(7 neue Schiedsgerichtsverträge.)** Wie die „Tribune" aus Washington meldet, beabsichtigt das Staatsdepartement, dem Senate in den nächsten Wochen sieben neue Schiedsgerichtsverträge vorzulegen, zum Ersatz der Staatsverträge mit England, Deutschland, Frankreich, Portugal, Italien, der Schweiz und Spanien, die der Senat im Jahre 1905 nach der Vornahme von Ergänzungen ratifiziert hatte.

Westfalen u. Rheinland.

Herten, 17. Febr. **Folgende Anekdötchen aus Kindermund,** welche auf Tatsachen beruhen, werden der „Gl." mitgeteilt: Ein kleiner Junge lernt in der Bewahrschule das „Vaterunser" beten; es geht alles gut, nur die letzte Bitte: „Sondern erlöse uns von dem Uebel. Amen." will ihm nicht in den Kopf und er betet selbstbewußt: „Sondern erlöse uns von dem Dübel. Amen.". — Ein anderes Mal hat derselbe Knirps nicht aufgepaßt, als die Schwester von dem Heiland in der Wüste erzählt. Auf die Frage: „Was tat der liebe Heiland?" antwortete er: „Der liebe Heiland ging in die Würste!"

Neheim, 17. Febr. **(Do is nix to maken.)** Während der Kontrollversammlung stehen die Mannschaften des Beurlaubtenstandes wieder unter den Kriegsgesetzen. Das hat der Fabrikarbeiter Theodor Grebe aus Meschede in Westfalen zu seinem Nachteil erfahren. Als Reservist mußte er am 11. November v. J. zur Kontrollversammlung in Neheim erscheinen. Die Versammlung begann nachmittags, und er hatte, um seinen Namenstag zu feiern, schon zwei Tage lang herumgekneipt. In seiner Trunkenheit trat er aus dem Gliede, zündete sich eine Zigarre an und unterhielt sich mit einem Schulkameraden. Nun kam der Hauptmann und fragte, ob er auch zur Kontrollversammlung gehöre. „Nee", sagte er in seinem westfälischen Platt, „do is nix to maken." — „Und der andere?" fragte der Hauptmann weiter. — „Dat is min Kalfaktor." — „Nun, wenn Sie nicht zur Kontrollversammlung gehören, dann scheren Sie sich vom Platz!" — „Du hast uns nix to seggen, du Lump!" rief der Reservist dem Hauptmann zu, blieb stehen und ließ die aus Götz von Berlichingen bekannte Aufforderung ergehen. Vor dem Kriegsgericht entschuldigte er sein ungehöriges Benehmen mit Trunkenheit; das schützte ihn nicht vor der Strafe. Er wurde von dem Frankfurter Kriegsgericht wegen Achtungsverletzung, Gehorsamsverweigerung und Beleidigung eines Vorgesetzten vor versammelter Mannschaft zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

?(**Essen,** 17. Febr. **Die Strafkammer** verurteilte den 59jährigen Maurer August Schaller aus Gelsenkirchen, einen Pferdedieb schlimmster Sorte, wegen schweren Diebstahls in zwei Fällen zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und zur Stellung unter Polizeiaufsicht. Der der gewerbsmäßigen Hehlerei mitangeklagte Lumpensammler Johann Trilling von dort wurde mit 13 Monaten Zuchthaus und den gleichen Ehrenstrafen bestraft. Die Verhandlung ergab, daß Schaller in den Nächten vom 18. zum 19. und 25. zum 26. August v. J. sechs zum Teil recht wertvolle Pferde von Weiden in Dülmen und Coesfeld gestohlen, nach Gelsenkirchen überführt und bei Trilling, dessen Knecht er war, eingestallt hat. Die Tiere sind dann von beiden Angeklagten auf den Märkten in Bottrop, Crange und Bochum feilgehalten, verkauft bezw. vertauscht worden.

? (**Duisburg,** 17. Febr. **Wegen Raubes** verhandelte das Schwurgericht gegen die unverehelichte Getrud Küppers und die Arbeiter Fritz Saul, Adolf Bartsch, Arnold Spielmann, Karl Teschner und Nicolaus Bodden. Sie haben am 13. Oktober v. J. in Hamborn den Bergmann Dismann beraubt. Das Gericht verurteilte Bartsch zu 2 und Saul zu 3 Jahren, die Küppers zu 2 Jahren Gefängnis wegen Raubes und Körperverletzung, Spielmann und Teschner wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu je 1 Monat und Bodden wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängnis. Die Angeklagten waren sämtlich jugendlich.

?(**Köln,** 17. Febr. **Ein internationaler gefährlicher Taschendieb,** der Vergolder W. Niebig, wurde für längere Zeit unschädlich gemacht. Auf zahlreichen großen Bahnhöfen verübte er sein verbrecherisches Treiben seit Jahren. Er war ein Künstler in seiner Art und hatte mehrere Komplizen. Namentlich machte er sich an Personen heran, die im letzten Augenblick zum Zuge eilten. Endlich wurde er auf frischer Tat ertappt. Die Kölner Strafkammer verurteilte ihn zu 2½ Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Trier, 17. Febr. **(Münzenfund.)** In dem benachbarten Büdlic stießen zwei Bauern beim Ausschachten eines Grabes auf dem Kirchhof einen halben Meter unter der Oberfläche auf ein mit alten Münzen angefülltes irdenes Gefäß, in dem nach der Trierisch. Ztg. ungefähr 1400 Münzen aus Silberblech im Gesamtgewicht von annähernd zwei Pfund gefunden wurden. Die Münzen stammen aus dem 13. Jahrhundert.

Aus aller Welt.

— **Attentatsfurcht des Fürsten Ferdinand.** Auf dem Ostbahnhof in Budapest spielte sich Mittwoch vormittag eine aufsehenerregende Szene ab. Kurz nach 10 Uhr traf dort Fürst Ferdinand von Bulgarien auf der Durchfahrt zu seiner Braut ein. Als der Fürst den Schnellzug verließ, bemerkte er auf dem Perron einen Mann, der eine Blechdose in der Hand hielt. Der Fürst, der in dem Mann einen Attentäter vermutete, wurde bei dessen Anblick sofort leichenfahl und begann verzweifelt mit den Händen zu gestikulieren. Der wachthabende Polizeiinspektor, dem die Szene nicht entgangen war, erklärte den Verdächtigen für verhaftet und brachte ihn nach der Polizeiwachtstube. Hier nahm man ihm die Blechbüchse ab und unterzog sie unter Anwendung aller gebotenen Vorsicht einer genauen Untersuchung. Das Resultat war allerdings wenig aufregend, denn die Blechdose enthielt nichts anderes als einige — Ostseeheringe. Damit war die Unschuld des vermeintlichen Attentäters erwiesen, der selbstverständlich auch sofort auf freiem Fuß gesetzt wurde. Der Polizeiinspektor beeilte sich natürlich, den Fürsten von der vollständigen Harmlosigkeit des verdächtigen Mannes und seiner Blechbüchse zu unterrichten, eine Mitteilung, die der Fürst beruhigt lächelnd entgegennahm.

— **Der vertrauensselige Gendarm.** Gegen den Gendarmen Sille in Calbe a. M., der, wie seinerzeit mitgeteilt, den Raubmörder Sternickel in so fahrlässiger Weise in Wernstedt entweichen ließ, ist ein Strafverfahren deswegen eingeleitet. Vor einigen Tagen bereits fanden auf dem Amtsgericht in Calbe Vernehmungen all der Personen statt, die damals in Wernstedt bei der Verhaftung Sternickels zugegen waren.

— **Der Prozeß gegen den Bombenfabrikanten Mierski** wurde am Freitag nach eintägiger Verhandlung vertagt. Der medizinische Sachverständige erklärte, er habe Zweifel an der Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten. Ob dieser berechtigt, könne eine so kurze Beobachtung nicht ergeben. Der Gerichtshof beschloß darauf die Vertagung und den Angeklagten im Untersuchungsgefängnis auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen.

— **Zum Förstermord.** Die Familienverhältnisse des ermordeten Försters Schwarzenstein werden von der Untersuchungsbehörde jetzt nach allen Richtungen geprüft. Nach außen hat die Familie ein freundliches Bild trauter Häuslichkeit; innen war aber alles morsch und zerrüttet. Ebenso schlecht wie das Zusammenleben der Familie erwiesen sich die Vermögensverhältnisse, die nach außenhin für einwandfrei und geordnet galten. Auch dieser Punkt wird mit größter Schärfe geprüft, da der Angeschuldigte Willy Schwarzenstein, der sich in Berlin vom 30. November bis zur Verübung der Tat umhergetrieben hat, über Geldmittel verfügte, deren Herkunft noch aufzuklären ist. Ein Geständnis des vermeintlichen Täters war bisher nicht zu erzielen.

— **Späte Reue.** Dieser Tage ging einem früheren Musiker in Raben, Kreis Leobschütz, der Betrag von 0,45 Mk. mit der Post zu, mit dem Bemerken, er möge diese Summe mit noch zwei anderen damaligen Kollegen teilen, da der Betrag ein vor etwa 25 Jahren bei der Tanzmusik vorenthaltenes Musikhonorar darstelle. Der reumütige Tänzer hat ziemlich lange zu dieser Sühne gebraucht.

— **Ueber das Lawinenunglück bei Bad Fusch,** dem, wie wir berichteten, eine Abteilung von Skiläufern zum Opfer gefallen ist, wird weiter gemeldet: Die Skiläufergesellschaft wollte eine Partie auf die 2017 Meter hohe Weißbachhöhe und von dort ins Wolfsbergtal unternehmen. Das Wetter war klar, doch verhältnismäßig warm. Plötzlich löste sich aus dem weichen Schnee eine mächtige Lawine. Der Gesellschaft war es nicht mehr möglich, aus dem Bereich der Lawine zu kommen, und alle neun wurden von den Schneemassen verschüttet. Oberförster Schuchart und Führer Altenhofer wurden, wie schon gemeldet, bereits als Leichen aufgefunden. Alle Teilnehmer waren geübte Skifahrer. Die Gesellschaft wollte einen Uebergang über Wechselboden machen. Die vier ersten haben ein sogenanntes Schneebrett abgetreten, worauf der Absturz der Schneemassen erfolgte. Die Bewohner Fuschs wurden sofort alarmiert und unternahmen Rettungsversuche; aber schon der erste der Verschütteten war beim Ausgraben tot.

— **Wandernde Ratten auf dem Kurischen Haff.** Fischer aus dem Orte Nidden an der Kurischen Nehrung haben in den letzten warmen Tagen auf dem Kurischen Haff ganz eigenartige Wanderer beobachtet. Eine ganze Anzahl Ratten, anscheinend von dem jenseitigen Haffufer kommend, benutzten die feste Eisdecke, um auf die Nehrung zu gelangen. Die Tiere sind höchstwahrscheinlich durch die an den Zuglöchern verstreut liegenden Fische, die auch einen Sammelpunkt der vorüberziehenden Krähen bilden, angeregt worden, den 1½ bis 2 Meilen weiten Weg über das Eis zurückzulegen. Ihre Notquartiere richten diese unwillkommenen Gäste, deren Wanderung man auch schon in früheren Wintern beobachtet hat, nicht selten in den auf dem Haff zum Trocknen aufgestellten Netzen ein, wo sie mitunter einen bedeutenden Schaden anrichten. Durch diese Zuwanderung erklärt man sich auch auf der Nehrung die zeitweilig auftretende Rattenplage, die trotz eifrigen Giftauslegens seitens der Geschäftsleute und Wirte absolut nicht zu beseitigen ist.

Was ein englischer Nebel einbringt. — Daß ein dichter Nebel, wie ihn nur England, das typische Land des Nebels, kennt, auch seine guten Seiten hat und von verschiedenen Berufszweigen geradezu begrüßt wird, darüber berichtet die bekannte „Bibliothek der Unterhaltung" manches recht Interessante. Ganz abgesehen von den um das Vielfache sich erhöhenden Einnahmen der Droschkenkutscher, der Trambahnen und Omnibusgesellschaften, sowie denen der Gastwirte und Hotelbesitzer, erhöhen sich allein die Einnahmen der Gasfabriken in London um mehr als 150 000 Mark täglich. Weil in allen Häusern während der Tagesstunden Licht gebrannt werden muß, steigt der Gasverbrauch während eines Londoner Nebels um etwa 50 000 Kubikmeter täglich. Die Kraftwerke zur Erzeugung des elektrischen Stromes erzielen an jedem einzelnen Nebeltage eine Mehreinnahme von etwa 80 000 bis 100 000 Mark. Dazu kommt noch der erhöhte Verbrauch von Petroleum und Kerzen. Einen weiteren guten Verdienst erzielen an solchen Tagen die Drogisten und Apotheker durch vermehrten Verkauf von Husten- und Schnupfenmitteln. Für die Aerzte häufen sich an Nebeltagen die Fälle von Erkrankungen, die meist auf Erkältungen zurückzuführen sind, so sehr, daß sie nur unter den größten Anstrengungen die ihnen aufgebürdete Mehrarbeit zu bewältigen vermögen.

Der bekannte englische Chemiker Thiselton Dyer hat festgestellt, daß ein Londoner Nebel in einer Woche 6000 Kilogramm feste Niederschläge auf je eine Quadratmeile verbreitet. Dieser Niederschlag besteht größtenteils aus Ruß, Kohlen- und Aschenteilchen, die sich in der feuchten Luft zu einem klebrigen Schlamm vereinen und auf die Stadt und ihre Bewohner herniedersinken. Um diesen Niederschlag wieder zu beseitigen, wird naturgemäß Seife und Soda gebraucht, und die Verbrauchsziffer dieser Produkte steigt nach genauen Berechnungen während und nach einer Nebelwoche in London um fast die Hälfte gegen den gewöhnlichen Verbrauch bei hellem Wetter.